Verteidigt das revolutionäre Erbe Thälmanns Seite 4/5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 34 vom 24. August 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Im Geiste Ernst Thälmanns vorwärts zur sozialistischen Revolution!

Am 18. 8. 1944 ermordeten die Hitlerfaschisten Ernst Thälmann, den großen Sohn und Führer der deutschen Arbeiterklasse. Am 30. Jahrestag seiner Ermordung rief die KPD/ML zu einer Demonstration in der Geburtsstadt Ernst Thälmanns, in Hamburg auf. Mehrere hundert Genossen und Freunde folgten diesem Aufruf, darunter eine Reihe älterer Genossen, die ihren Kampf für die sozialistische Revolution in der KPD Ernst Thälmanns begonnen haben und ihn heute in unseren Reihen fortsetzen. Dem Zug voran wehten die Parteifahnen mit Hammer, Sichel und Gewehr im gelben Spartacusstern auf rotem Grund, getragen von den Genossen des Hamburger AP-Trupps.



Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, an der Spitze der Demonstration zu Ehren Ernst Thälmanns.

Diese sehr geschlossene und kämpferische Demonstration weckte großes Interesse unter der Hamburger Bevölkerung. 130 Plaketten mit dem Thälmannkopf und dem Aufruf: Im Geiste Ernst Thälmanns vorwärts zur sozialistischen Revolution! wurden verkauft. Der Zug fand seinen Abschluß vor der Thälmanngedenkstätte. Hier sprach der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust, über den Kampf Ernst Thälmanns für die Befreiung seiner Klasse und seines Volkes. Dabei ging Genosse Ernst Aust, dessen Rede wir in diesem ROTEN MORGEN vollständig abdrucken, ausführlich auf den Verrat der modernen Revisionisten der D„K"P am Erbe Ernst Thälmanns ein.

Die modernen Revisionisten der D„K"P hatten bereits am Tag zuvor zu spüren bekommen, daß sie nicht ungestraft den Namen Ernst Thälmanns für ihren Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und des Kommunismus mißbrauchen können. Während des Demonstrationszuges der D„K"P verteilten Genossen das Extrablatt der Partei zum 30. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns. Während ihrer Kundgebung wurden revolutionäre Parolen gerufen. Ein Redner der Partei, umringt von 250 Freunden und Genossen, entlarvte ihren Verrat an der sozialistischen Revolution und bewies, daß es die KPD/ML ist, die heute den Kampf Ernst Thälmanns und seiner Partei weiterführt.

Die Bourgeoisie tat das ihre, um zu demonstrieren, wer heute ihr härtester Feind ist. Während die D„K"P im Schutz der Polizei demonstriert hatte, überfielen ca. 40 Polizisten im Anschluß an die Demonstration der KPD/ML die Genossen, die sich noch an der Gedenkstätte aufhielten, schlugen eine Genossin zusammen, brachen ihr das Nasenbein und nahmen die Ehrenwache der Partei an der Gedenkstätte Ernst Thälmanns fest. Dieser Polizeiterror am 30. Jahrestag des Todes Ernst Thälmanns zeigt uns die Angst, die die Bourgeoisie hat, daß die Arbeiterklasse in unserer Partei die Nachfolgerin der revolutionären KPD Ernst Thälmanns erkennt und er bestärkt uns darin, den Worten des Vorsitzenden der KPD/ML zu folgen, wenn er uns an diesem Tag aufruft:

Verteidigt das revolutionäre Erbe Ernst Thälmanns gegen den Verrat der modernen Revisionisten! Im Geiste Ernst Thälmanns vorwärts zur sozialistischen Revolution! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Supermächte schüren Unruhe im Mittelmeerraum

Hände weg von Zypern!

„Hände weg von Zypern!", „Amis raus!", „Macht die amerikanischen Stützpunkte zu!" riefen tausende von Menschen in den Straßen Athens und vielen anderen Städten Griechenlands. Die Bewegung gegen den US-Imperialismus hat unter dem griechischen Volk an Breite und Stärke gewonnen. Es ist die energische Antwort des griechischen Volkes gegen die US-Besatzer, deren Aggressivität und Expansionspolitik seit dem Krieg um Zypern für das griechische Volk besonders deutlich wurde.

Bereits Ende Juli hatte der Kampf des griechischen Volkes gegen den US-Imperialismus und gegen die Herrschaft der griechischen Obristen einen großen Erfolg errungen: Aus Furcht, das griechische Volk könne nicht nur der Junta, sondern auch ihm endgültig an den Kragen gehen, sah sich der US-Imperialismus gezwungen, die Blutherrschaft der Obristen durch eine Regierung mit demokratischem Anstrich zu ersetzen.

Diese Zugeständnisse haben das griechische Volk nicht davon abgehalten, seinen Kampf fortzusetzen. Im Gegenteil. Es nutzt die gewonnenen Möglichkeiten, um seinen Kampf breiter und stärker weiterzuführen. Es vergißt nicht, wer die bestialische Obristenherrschaft eingesetzt hat, die das Blut von so vielen fortschrittlichen und revolutionären Menschen vergossen hat, und wer auch jetzt im Hintergrund der neuen Regierung steht. Das Blut der Werktätigen, das auf Zypern fließt, zeigt dem griechischen Volk vor allem, daß die Gefahr, die von der Aggressionspolitik des US-Imperialismus ausgeht, nicht eher gebannt ist, als bis die US-Imperialisten aus dem Mittelmeerraum verjagt und ihren Machenschaften dort ein Ende gesetzt ist. Dafür kämpft das griechische Volk.

Und die neue Regierung? Sie hat zwar ihr Militär aus der NATO abgezogen, doch ihr Kampf ist nicht der des griechischen Volkes. Die griechische Bourgeoisie war es, die das Abenteuer unternahm, auf Zypern einen Putsch gegen die Regierung Makarios zu inszenieren, in der Hoffnung, sich Zypern unter den Nagel zu reißen. Und sofort waren auch die beiden Supermächte da, um die Situation für sich auszunutzen. Heute, nachdem dies Unternehmen für die griechische Bourgeoisie gescheitert ist, stellt ein griechischer Minister verbittert über den US-Imperialismus fest: „Als am Ende die ins Rennen geschickten Pferde zusammenbrachen, versuchte Washington umzuschalten. Jetzt setzt man auf die Türkei."

Mit dem Rückzug ihres Militärs aus der NATO protestiert die griechische Bourgeoisie dagegen, daß sie von den US-Imperialisten im Stich gelassen wurde und versucht, durch Druck mehr Unterstützung des US-Imperialismus zu erhalten. Dabei liebäugelt sie auch mit den sowjetischen Sozialimperialisten, die sich nur zu gern in Griechenland einnisten würden.

Das griechische Volk aber wünscht weder Abenteuer auf Zypern, amerikanische Unterstützung, noch will es den amerikanischen Oberherren durch einen neuen, den sowjetischen Sozialimperialismus ersetzt sehen. Sein Ziel, für das es kämpft, ist die Freiheit, ist die Verjagung des US-Imperialismus aus Griechenland. Der Rückzug aus der NATO stärkt diesen Kampf des Volkes zwar, aber das Ziel, die Befreiung wird das griechische Volk nicht gemeinsam mit der Regierung, sondern nur im Kampf gegen sie erreichen.

DIE GEFÄHRLICHE SITUATION AUF ZYPERN – EIN ERGEBNIS DES KAMPFES DER BEIDEN SUPERMÄCHTE UM DIE VORHERRSCHAFT IM ÖSTLICHEN MITTELMEERRAUM

Wie überall auf der Welt, wo Konflikte und Krisensituationen bestehen, haben die Supermächte auch im Krieg um Zypern ihre Finger im Spiel. Mit der zunehmenden Verschärfung der Rivalität beider Supermächte im Mittelmeerraum, mit dem verstärkten Ausbau von Militärbasen und dem Ausbau ihrer Mittelmeerflotte ist Zypern ein immer stärker begehrtes Objekt beider Supermächte geworden. Über Zypern zu herrschen, bedeutet für sie, über eine Basis, einen „unsinkbaren Flugzeugträger" zu verfügen, von dem aus sie ihre expansionistischen Pläne im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und auch in Europa betreiben können.

Doch die Politik der Blockfreiheit Zyperns, der unbedingten Unabhängigkeit unter Präsident Makarios machte ihre Pläne, Zypern in ihre Militärfestung zu verwandeln, immer wieder zunichte. Um die Unabhängigkeit Zyperns zu hintertreiben, machten sich die US-Imperialisten die Lage in Zypern zunutze, schürten die Uneinigkeit und sahen zufrieden zu, als die Offiziere der griechischen Junta die Regierung Makarios stürzten.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT:

Nach Nixon - Ford

US-Imperialismus wechselt sein Hemd

„Meine amerikanische Mitbürger, unser nationaler Alptraum ist vorüber", tönte Gerald Ford nach Nixons Abtritt als neuer Chef des Weißen Hauses. Tricky Dick Nixon ist tot, es lebe der „fromme, ehrliche" „Mr. Saubermann" – das ist der Tenor der Propaganda der amerikanischen Monopolbourgeoisie.

Neuer Mann – neues Spiel? Wer will das glauben? Auch über Nixon war in der Ausgabe des Brockhaus-Lexikons von 1955 noch zu lesen: „Nixon, Richard M., amerikanischer Politiker ... widmete sich besonders dem Kampf gegen die Korruption."

Zu tief ist das Mißtrauen vieler amerikanischer Werktätiger gegenüber dem imperialistischen Regierungsapparat geworden. So schrieb ein Leser der US-Zeitschrift „Newsweek" in einem Leserbrief: „Jeder Präsident oder Vizepräsident, den wir jemals in unserem großen Land hatten, hat sich in denselben Ämtern gleichfalls schuldig gemacht; unser System, unsere Kongreßabgeordnetten und Gouverneure und all die anderen gewählten Beamten sind in gleicher Weise schuldig. Das ist die Falschheit des Systems selbst." Watergate – das zeigt nicht nur die Mängel eines Regierungsapparates, es ist vielmehr Ausdruck der gänzlichen Verrottung eines verbrecherischen imperialistischen Systems, das seinem Untergang entgegengeht.

Die werktätigen Massen in den USA, die Völker der Welt hassen den US-Imperialismus. Hassen ihn nicht so sehr wegen Watergate – einer eher schon tragisch-komischen Seite dieses verfaulenden Imperialismus, sondern wegen seiner ungezählten Verbrechen, die diese Supermacht tagtäglich gegen die Völker der Welt begeht, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Als Repräsentanten des Weißen Hauses, in dem die Fäden all dieser Verbrechen zusammenlaufen, wird Ford nicht anders als Nixon auch dieser Haß treffen.

Mag sein, daß Ford seine Korruption besser zu decken vermag als Nixon. Es mag sogar sein, daß er keine Steuern hinterzieht, seine Frau sich keinen Staatsschmuck unter den Nagel reißt. Daß er aber, nicht anders als Nixon, ein Verbrecher im Dienste des US-Imperialismus ist, daran ließ auch Ford von vorneherein keinen Zweifel, als er in seiner Antrittsrede den Völkermord der US-Imperialisten unter Nixon zynisch als Friedenswerk und Nixon als Friedensbringer „für Millionen" feierte.

Der US-Imperialismus wird seinen Charakter als imperialistische Supermacht, als Feind der Völker der Welt, durch einen neuen Präsidenten nicht verändern. Im Gegenteil, Präsident wird, wer bereit ist, diese Verbrechen zu organisieren und zu leiten.

NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS!

NIEDER MIT DEM VÖLKERMÖRDER FORD!

Fortsetzung von Seite 1

Supermächte schüren Unruhe im Mittelmeerraum

Als dann die türkischen Faschisten – unter dem Vorwand, Garantiemacht zu sein – ihre Marinetruppen auf der Insel landeten, das Blatt sich gegen die griechischen Obristen wendete, und vor allem auch die sowjetischen Sozialimperialisten sich an das türkische Regime verstärkt heranmachten, schwenkten die US-Imperialisten um und unterstützten die türkische Invasion auf Zypern. Heute stellen sie sich hin und behaupten: „Wir glauben, daß Autonomie ein Weg ist, das Wohlergehen und den Schutz der türkischen Gemeinde zu sichern."

Damit drücken sie offen aus, was sie wollen: Zypern zu spalten, seine Souveränität und Unabhängigkeit zu brechen. Sie wollen durch griechische oder türkische Truppen – je nach Lage der Dinge – sich ihren eigenen Einfluß sichern. Und wenn US-Chef Ford heute die USA als Friedensschlichter in Zypern anbietet, so nur, um einen „Frieden" diktieren zu können, der den hegemonistischen Interessen der US-Supermacht nützt.

Die sowjetischen Sozialimperialisten nutzen ihrerseits die Lage, säen ebenfalls Unruhe und Uneinigkeit. Suchten sie zu Beginn des Konflikts die türkische Regierung durch Unterstützung auf ihre Seite zu ziehen, so setzen sie jetzt mehr auf die Karte Griechenlands, das sich momentan vom US-Imperialismus benachteiligt fühlt. Doch der sowjetische Sozialimperialismus ist nicht nur darauf aus, die Widersprüche im Militärblock des US-Imperialismus zu seinen Gusnten zu verschärfen, sondern auch er ist ebenso wie der US-Imperialismus bemüht, auf Zypern Fuß zu fassen. So tönte der sowjetische UN-Botschafter Malik, das bisherige Garantiesystem für Zypern von Großbritannien, Griechenland und Türkei sei bankrott – ein neues Garantiesystem müsse geschaffen werden, wobei er an niemand anderen dachte als an die Sowjetunion selbst. Ein ähnlicher Versuch, sich in Zypern einzuschalten, ist der sowjetische Antrag im UN-Sicherheitsrat, eine Kommission des Sicherheitsrates nach Zypern zu entsenden.

Dieses Ringen der beiden Supermächte um die Vorherrschaft im Mittelmeerraum ist vor allem verantwortlich für die Zuspitzung der Lage auf Zypern. In einer Rede vor der UNO betonte der chinesische Delegierte Dschuang Yän: „Die beiden Supermächte, die nichts sehnlicher wünschen als Unruhe in der Welt, machen sich die gegenwärtige Lage zunutze, fachen überall Feuer an und säen nach Kräften Uneinigkeit, um ihr Ziel zu erreichen – im Trüben zu fischen, und ein brennendes Haus zu plündern, in ihrem Ringen um Hegemonie im Mittleren Osten und im Mittelmeergebiet." In ihrem Streben nach Hegemonie geraten beide Supermächte sich immer mehr gegenseitig in die Haare. Sowohl die sowjetischen Sozialimperialisten als auch die US-Imperialisten haben im Verlauf der Ereignisse auf Zypern ihre Flotte im Mittelmeer aufgefahren und halten ihre Truppen und Militärblöcke in Bereitschaft. Sie haben hier wiederum gezeigt, daß sie die beiden Hauptkriegstreiber auf der Welt sind, daß von ihnen die Hauptgefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges ausgeht.

Der Kampf der Bevölkerung von Zypern für die Unabhängigkeit und Souveränität ist gerecht. Weder die beiden Supermächte noch irgendeine andere imperialistische oder kolonialistische Macht hat das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Zyperns einzumischen. Der Kampf der Bevölkerung Zyperns und des griechischen und türkischen Volkes gegen die hegemonistische Politik der beiden Supermächte ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes für Frieden und Sicherheit der Völker der Welt.

Zionisten rüsten für neuen Aggressionskrieg

Seit dem Oktoberkrieg im letzten Jahr haben die israelischen Zionisten ihre Provokationen gegen die arabischen Länder und ihre Verbrechen gegen das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten und im Libanon unaufhörlich gesteigert. Jetzt – im Schatten der Ereignisse auf Zypern – bereiten sie sich offen auf einen neuen Aggressionskrieg gegen die arabischen Länder vor. Der israelische Kriegsminister Gur drohte kürzlich: Die israelische Armee sei bereit und ergreife Maßnahmen für die Wiederaufnahme eines Präventivkrieges.

Begleitet sind diese Drohungen von umfangreichen Kriegsvorbereitungen. Mit Hochtouren arbeiten die Zionisten daran, gewaltige Festungslager entlang der Sinai-Front und des Jordanflusses zu errichten, nachdem sie die Golanhöhen und die Grenze zum Libanon bereits in eine waffenstarrende Militärfestung verwandelt haben.

Zugleich veranstalten die Zionisten große Kriegsübungen. Anfang August wurde im besetzten Westjordanien eines der größten israelischen Manöver seit dem Oktoberkrieg durchgeführt. Infanterieeinheiten, Panzerfahrzeuge und Luftwaffe nahmen daran teil. Jetzt – kaum zwei Wochen später – findet ein großangekündigtes Einberufungsmanöver statt, bei dem alle regulären und Reservetruppen mobilisiert werden.

Auch die Politik der Ausrottung gegenüber den Palästinensern in den besetzten arabischen Gebieten wird ständig verstärkt: Die israelische Knesset hat beschlossen, für 4 Mill. israelische Sterlings eine neue Spezialtruppe von 10 000 Mann aufzubauen, die zusammen mit Militär und den bestehenden Polizeikräften gegen die arabische Bevölkerung in den besetzten arabischen Gebieten eingesetzt werden soll.

Die drohende Gefahr eines erneuten zionistischen Aggressionskrieges ist ein direktes Ergebnis der Politik und der Ziele, die der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus im Nahen Osten verfolgen. Jeder von beiden möchte seine Herrschaft über dieses Gebiet mit seiner strategischen Bedeutung und seinem Reichtum an Bodenschätzen errichten.

Beide haben im letzten Jahr die Zionisten zu einem neuen Aggressionskrieg gegen die arabischen Länder angestachelt, um sich diese Länder gefügig zu machen. Doch ihre Pläne scheiterten im Oktoberkrieg. Denn nicht die zionistische Aggression, sondern der Befreiungskampf der arabischen Völker marschierte im Oktoberkrieg voran. So spielten sich die beiden Supermächte nun als große „Friedensstifter" auf, erzwangen durch Drohungen und Erpressung einen Waffenstillstand, Truppenentflechtung usw, um diesen Befreiungskampf zu stoppen. Sie boten sich – einer mehr als der andere – als „große Freunde" der arabischen Völker an, die bereit sind, die arabische Sache in die Hände zu nehmen, um auf diese Weise ihre ständige Anwesenheit im Nahen Osten zu erreichen und ihren Einfluß zu sichern.

Doch auch das brachte ihnen nicht die gewünschten Erfolge: die sowjetischen Sozialimperialisten blitzten in Kairo ab, und auch die US-Imperialisten, die diese Schlappe ihres Konkurrenten in Moskau ausnutzten, um sich als „bester Freund" einzunisten, gelang kein entscheidender Durchbruch. Nun bestärken sie die Zionisten erneut zu weiterer Aggression. Erst vor wenigen Tagen hat der sowjetische Botschafter Dobrynin im Weißen Haus bekanntgegeben, daß die Sowjetunion die Auswanderung sowjetischer Juden noch weiter begünstigen wird. Und die US-Imperialisten gewährten Israel einen weiteren Kredit über 67,5 Mill. Dollar.

Der erneute Anlauf der Supermächte, durch einen zionistischen Aggressionskrieg die arabischen Völker in die Knie zu zwingen, wird nicht anders fehlschlagen als der Oktoberkrieg. Ihre Niederlage wird noch schwerer sein. Die arabischen Völker haben im Verlauf ihres Kampfes immer besser gelernt, daß die Einheit ihre Kampfkraft vervielfacht. Und sie werden dafür kämpfen, daß sie – entgegen den Versuchen der beiden Supermächte, die arabischen Länder zu spalten – in einer Front gegen den Feind antreten. Auch der bewaffnete Kampf des palästinensischen Volkes ist trotz Terror und Gewalt der Zionisten nicht geschwächt, sondern erstarkt. Immer breiter und erfolgreicher kämpfen die besten Kräfte des palästinensischen Volkes in dem von den Zionisten besetzten Gebieten. Ihnen – und nicht den Zionisten und ihren Auftraggebern in Washington und Moskau – wird der Sieg gehören. Denn ihr Kampf zur Befreiung ihrer Heimat, für den Frieden im Nahen Osten ist gerecht. Er hat die Unterstützung aller revolutionären und fortschrittlichen Menschen der Welt.

Die Mauer muss weg! Das Mahnmal muss fallen!

Mit einer unverschämten Provokation haben die westdeutschen Imperialisten am 13. August versucht, für die Toten an der Mauer den Genossen Stalin verantwortlich zu machen. In ihrem Auftrag legte der westberliner Senator Stein am „Mahnmal für die Opfer des Stalinismus" einen Kranz nieder und hielt eine Rede. Schon immer haben die Imperialisten aller Länder Stalin als Mörder und Volksfeind beschimpft. Sie hassen Stalin, weil er ihr unerbittlichster Feind war. In seiner Person verkörperte sich die Diktatur des Proletariats in der sozialistischen Sowjetunion.

Wer waren denn die „Opfer des Stalinismus"? Die von Stalin geführte Rote Armee war es, die die Armeen Hitlers vernichtend schlug, die im Auftrag der deutschen Imperialisten die ganze Welt in einen grausamen Krieg stürzten und Millionen Menschen ermordeten. 1941, als die Hitlerarmeen die Sowjetunion überfielen, drückte Genosse Ernst Thälmann die Gefühle der deutschen Arbeiterklasse aus, als er seinen Bewachern entgegenschleuderte: „Stalin bricht Hitler das Genick!"

Stalin führte den Krieg nicht gegen das deutsche Volk. Als nach dem 2. Weltkrieg die Westmächte Deutschland zerstückeln und ihrem Diktat unterwerfen wollten, sagte Stalin: „Die Hitler kommen, die Hitler gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt bestehen." Nicht Stalin und die sozialistische Sowjetunion, sondern die Westmächte und die deutschen Imperialisten spalteten Deutschland. 1951, als in Berlin die Weltjugendfestspiele stattfanden, waren sie es, die die Grenze hermetisch abriegelten und Jagd auf die Antifaschisten und Antiimperialisten machten. Die Polizei der westdeutschen Imperialisten war es, die 1952 Philipp Müller ermordeten, als er zusammen mit tausenden von Jugendlichen gegen die Wiederaufrüstung und den westdeutschen Imperialismus demonstrierte.

Damals gab es keine Mauer, damals trug die Jugend der Welt das Bild Stalins voran. Heute darf der Name Stalins in der DDR nicht mehr genannt werden. Die Mauer zeigt den Verrat der heutigen Machthaber in der DDR, den Verrat der neuen Zaren im Kreml am Sozialismus und an der deutschen Nation. Chruschtschow und Breschnew haben die Sowjetunion in eine Diktatur der Art Hitlers verwandelt, sie haben die DDR in ein Gefängnis für die Werktätigen verwandelt.

Die westdeutschen Imperialisten heucheln Trauer über die Toten an der Mauer, aggressiv wie eh und je planen sie Einverleibung der DDR in ihren Herrschaftsbereich. Die Mauer wird fallen. Sie wird fallen im revolutionären Kampf des deutschen Volkes für seine nationale und soziale Befreiung, im Kampf für die Diktatur des Proletariats, auf dem Wege Stalins.

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Neue Arbeitskampfrichtlinien zeigen:

Wenn Reformen beim DGB, dann gegen die Arbeiterklasse

„Abschied von demokratischen Grundsätzen, Kampfansage an Staat und Wirtschaft", solche und ähnliche Schlagzeilen konnte man in den letzten Wochen über die neuen Arbeitskampfrichtlinien des DGB in der Presse lesen. Kommentar der „UZ", der Zeitung der modernen Revisionisten der D„K"P: „Konzerne speien Gift und Galle gegen die Streikrichtlinien des DGB." Es sind die DGB-Führer selber, die in ihren Antworten auf die „Vorwürfe" der Kapitalisten zeigen, daß die Kapitalisten absolut keinen Grund haben, ihre neuen Richtlinien zu fürchten, sie sind im Gegenteil nichts als ein den neuen Bedingungen des Klassenkampfes angepaßter Versuch, den DGB-Apparat seine Rolle als Ordnungshüter des Kapitals besser erfüllen zu lassen.

Genosse Ernst Aust sagte in seinem Referat „Tod dem Faschismus!": „**Nicht nur, was ihren Umfang betrifft, sondern auch in der Qualität werden diese Wellen (des Klassenkampfes — RM) immer höher und stärker. Das sieht man, wenn man die Septemberstreiks von 1969 mit den Auguststreiks von 1973 vergleicht. Beide waren spontan, richteten sich gegen den von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung diktierten Tariffrieden. Doch während die Septemberstreiks von 1969 sich noch fast ausschließlich im ökonomischen Bereich bewegten, wurden die Auguststreiks von 1973 nicht nur mit größerer Entschlossenheit und Erbitterung geführt, erfolgten Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Betriebe, wurden Fabrikhallen besetzt, sondern zunehmend tauchten auch schon politische Losungen und Forderungen auf.**"

Wenn das Kapital die „radikalen" Absichten des DGB in den schwärzesten Farben malt, dann vor allem, um im Hinblick auf die gegenwärtigen und zukünftigen Klassenbewegungen den DGB-Apparat als ein Instrument des „demokratischen Sozialismus" zu propagieren. Die Kapitalisten verweisen dabei besonders auf einen Punkt in den neuen Richtlinien, wo heute von Arbeitskampfmaßnahmen auf dem Gebiet der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen die Rede ist, während früher dort von Lohn- und Arbeitsbedingungen die Rede war. Es stimmt, daß mit dieser Formulierung den DGB-Gewerkschaften schließlich und endlich die Möglichkeit zu politischen Kampfmaßnahmen eingeräumt wird.

Aber für welche politischen Ziele — das ist ja schließlich die Frage. Und daran lassen die DGB-Führer keinen Zweifel. So nannte Gerd Muhr gegenüber der „Frankfurter Rundschau" als Beispiel für einen Kampf auf dem „Gebiet der Wirtschaftsbedingungen" Vereinbarungen über die Weiterführung der Mitbestimmung in ehemals reinen Montan-Betrieben. Und auch Eugen Loderer bestätigte auf die Frage eines Journalisten, daß mit der Änderung der Arbeitskampfrichtlinien in diesem Punkt etwa auch ein Streik für die Einführung der Mitbestimmung möglich sein soll.

So wird also der DGB-Apparat angesichts der mit Sicherheit auf das Kapital zukommenden politischen Kämpfe der Arbeiterklasse dazu gerüstet, diese Kämpfe in ein reformistisches Fahrwasser zu lenken und so unter dem Mantel des Fortschritts revolutionäre Klassenkampfaktionen zu bekämpfen. Diesem Ziel, den DGB-Gewerkschaften bessere Bedingungen zu schaffen für die Kettung der Arbeiter an den Imperialismus, dient die jetzt geschaffene Möglichkeit, „wilde" Streiks auch nachträglich „anzuerkennen", oder die Tatsache, daß Urabstimmungen, die gerade in den letzten Jahren nur so oft deutlich gemacht haben, wie die DGB-Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten, nicht mehr obligatorisch sein sollen.

Wenn die DGB-Führer selber über ihre neuen Richtlinien sagen, daß sich darin die in 25 Jahren erarbeitete Praxis niederschlägt, dann zeigt das noch einmal deutlich, wie unrecht alle haben, die den Arbeitern einreden wollen, der DGB lasse sich in ihrem Interesse reformieren.

Wenn der DGB-Apparat reformiert — das zeigen die neuen Richtlinien — dann nur, um als Instrument des Kapitals die Arbeiterklasse besser unterdrücken zu können.

650 000 Arbeitslose: 'Bild' lügt:

Höhere Gewalt

Michael B. ist Bauzeichner. Als er vor einigen Wochen morgens zur Arbeit kommt, wird er mit einigen Kollegen zum Betriebsleiter gerufen. Sie müssen hören, daß die Firma Pleite macht, sie fliegen auf die Straße, arbeitslos. Krise in der Bauindustrie, das hieß bisher für fast 40 000 Kollegen Arbeitslosigkeit. Es wird geschätzt, daß diese Zahl noch auf 100-200 000 zum Ende des Jahres steigt.



Die Arbeiter der Möbelfabrik in Leer (Ostfriesland) besetzen den Betrieb und verhindern die Auslieferung der Möbel.

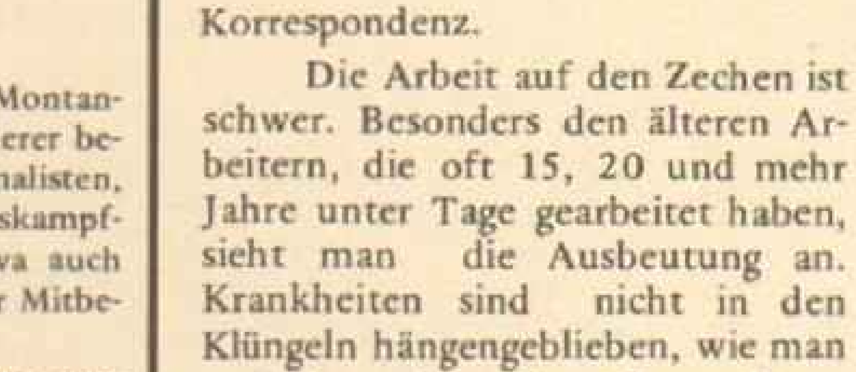
Zur gleichen Zeit macht Bundeskanzler Schmidt einen „Besuch" bei Mannesmann in Düsseldorf. Frech erklärt er: „Wir haben etwas Kurzarbeit und einige Arbeitslose." Aber der Zynismus Schmidts kann nichts darüber hinwegtäuschen, daß Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bereits hunderttausende von Familien an den Rand des Elends und der Not bringen. 645 000 Werktätige waren im Juli arbeitslos, das sind fast drei Prozent.

Jetzt, wo die Lügenpropaganda des krisenfreien Kapitalismus unter den Tatsachen zusammengebrochen ist, will die Bourgeoisie vor allem verhindern, daß die Werktätigen in der Krise erkennen, daß es das kapitalistische System ist, welches die Krise, die Arbeitslosigkeit, Not und Elend hervorbringt. Sie versucht Spaltung, Angst und Resignation in die Arbeiterklasse zu tragen, um ihren Kampfesmut zu brechen und zu verhindern, daß sich die Arbeiter im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus zusammenschließen.

Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg, das ist die eine Lüge. **In Wirklichkeit sind es die Kapitalisten, die durch ihre hemmungslose Profitgier und Ausbeutung der Arbeiter hunderttausende von Familien ins Elend stürzen.** Die ganze menschenfeindliche Natur des Systems zeigt sich auch daran, daß 175 000 Wohnungen in der Bundesrepublik leerstehen, während viele Familien in unmenschlichen Verhältnissen hausen müssen. Sie stehen leer, weil sie zu teuer sind.

In Rüsselsheim behaupten die Opel-Kapitalisten frech, bisher hätten sie nur Ausländer und Frauen abgefunden. Die Frauen wären sogar froh gewesen, weil sie ohnehin nur „für eine kurze Zeit mitverdienen wollten". Tatsache aber ist, daß in vielen Arbeiterfamilien die Frauen mitarbeiten müssen, damit die Familie über die Runden kommt, daß ihre Entlassung die Familie in ernste wirtschaftliche Sorgen stürzt.

Welche Angst die Bourgeoisie vor dem Kampf der Arbeiterklasse hat, zeigt Bild: „427 000 haben rechtzeitig umgeschult. Einer von ihnen berichtet: „So habe ich es geschafft!" So wie er sollen es angeblich alle schaffen können. Jeder auf seine Weise. Bild hat deshalb eine Serie gestartet, in der sie die „Kollegen" (dieser war Werkstattleiter) berichten lassen. Und die, die es nicht geschafft haben? Bild interviewt einen von ihnen. Er findet keine Arbeit. Er verzweifelt und sagt: „Bin ich denn doof..." In unglaublicher Verhöhnung des Schicksals der arbeitslosen Kollegen, aller Arbeiter antwortet Bild: „Doof ist er nicht, aber sagen wir höhere Gewalt." Die Arbeiterklasse verhöhnen, den individuellen „Ausweg" propagieren, Angst verbreiten, Resignation — die Bourgeoisie tut das alles, um zu verhindern, daß die Arbeiter den Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit aufnehmen. Sie wird scheitern. Die Arbeiter einer Möbelfabrik in Leer haben den Betrieb besetzt, als der Kapitalist ihnen keinen Lohn mehr zahlte. **Arbeitslosigkeit und Krise sind keine „höhere Gewalt", sie können beseitigt werden, wenn sich die Arbeiterklasse im revolutionären Klassenkampf zusammenschließt, wenn Ausbeutung und Lohnsklaverei durch den Sturz der Kapitalistenklasse beseitigt sind.**



Arbeiterkorrespondenzen

Kumpels auf Gneisenau:
Nicht mal im Urlaub ist die Familie zusammen

Korrespondenz.

Die Arbeit auf den Zechen ist schwer. Besonders den älteren Arbeitern, die oft 15, 20 und mehr Jahre unter Tage gearbeitet haben, sieht man die Ausbeutung an. Krankheiten sind nicht in den Klüngeln hängengeblieben, wie man sagt. Besonders diese älteren Kumpel haben darum Ferien einmal im Jahr bitter nötig. Für die Kumpel von Gneisenau aber sind das seit 1969 mehrere Jahre hintereinander Ferien ohne die Familie.

Seit 1969 nämlich gibt es auf Gneisenau in Dortmund sogenannte „Urlaubsgruppen". Die Einteilung der Kumpel in diese Urlaubsgruppen läuft praktisch darauf hinaus, daß man als Vater von schulpflichtigen Kindern nur noch alle vier Jahre mit seiner Familie zusammen in Urlaub fahren kann.

Damit sind diejenigen Kollegen gemeint, die sie aufgenommen hätte, deren Ehefrauen berufstätig sei. Sie, die vielleicht gar keine schulpflichtigen Kinder haben, seien auf seine Kosten in die Urlaubsgruppen hineingeschmuggelt worden, die in den großen Ferien liefen und in die eigentlich er hineingehöre.

Auf diese Weise versucht man auf Gneisenau, die Belegschaftsmitglieder gegeneinander auszuspielen. Es ist jedoch so, daß noch nachträglich und bevorzugt in die Urlaubsgruppen für die großen Ferien nicht die einfachen Kollegen aufgenommen werden, sondern solche, die in der besonderen Gunst des Direktors oder des Betriebsrates stehen.

Von den anderen wird verlangt, daß sie, wenn es dem Kapitalisten paßt, ihre Kinder aus der Schule nehmen, um mit ihnen auf Befehl in Urlaub zu fahren. Jeder versäumte Schultag ist aber ein Tag versäumten Lernens. Und der Prolet hat ein Interesse daran, daß seine Kinder etwas lernen. Die Alternative aber ist, wie im Falle des Kollegen, der auf der Belegschaftsversammlung redete, auf den gemeinsamen Urlaub mit Frau und Kindern zu verzichten, auf die einzige Zeit im Jahr, wo die Familie wirklich einmal in Ruhe zusammensein kann.



Bergarbeiter bei ihrer schweren Arbeit unter Tage

Auf der Belegschaftsversammlung von Gneisenau am 20.7.74 schilderte ein Kollege, daß er, Vater von drei schulpflichtigen Kindern, schon mehrmals seine Kinder aus der Schule herausnehmen mußte, da er außerhalb der großen Ferien, entweder davor oder kurz nach Wiederbeginn der Schule, Urlaub bekam. In diesem Jahr nun hat er, um seine Kinder nicht in der Schule in Schwierigkeiten zu bringen, darauf verzichtet, und hat seine Ehefrau und seine Kinder allein in Urlaub schicken müssen. Er selber war gezwungen, seinen Urlaub gemäß Urlaubsgruppe bereits 6 Wochen vorher anzutreten.

Als der Kollege das auf der Belegschaftsversammlung anprangerte, erklärte ihm der Betriebsrat, das liege eben daran, daß der Betrieb in der Vergangenheit zuviel Rücksicht auf die Kollegen genommen hätte, deren Ehefrauen berufstätig sei.

Doch solche Verhältnisse werden auch einmal zu Ende gehen. Sie müssen zu Ende gehen, damit dem Arbeiter eine Welt gehört, in der die Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit einer Arbeiterfamilie nicht sogar in der Urlaubsplanung angegriffen, sondern gefördert und gepflegt wird.

Kapitalistische Arbeitshetze - schuld am Tod eines 17-jährigen Lehrlings

Letzte Woche wurde unser Kollege G. Klier Opfer eines Betriebsunfalls. Klier war 17 Jahre alt, Lehrling bei Grundig, als er starb. Er sollte während des Urlaubs im Transport aushelfen. Zwei Tage, nachdem er angefangen hatte, zogen wir ihn unter einem tonnenschweren Gabelstapler hervor — mit blutverschmiertem Gesicht, die Augen gebrochen. Der Arzt, der eine halbe Stunde später kam, konnte nur noch den Tod feststellen.

Gabelstaplerfahren ist nicht einfach. Deshalb gibt es dafür bestimmte Sicherheitsvorschriften. Im Betrieb muß ein Kurs mitgemacht werden, nach dessen Abschluß der Fahrer einen „Führerschein" erhält. Klier hatte diesen Schein nicht. Trotzdem sollte er kurz vor Feierabend einen Lastwagen entladen. Es mußte schnell gehen, denn in 40 Minuten war Schluß und ein anderer Stapler war nicht frei. Kollege Klier fuhr scharf, in einer Kurve verlor er die Beherrschung über das Fahrzeug und kippte. Der Dachbügel zertrümmerte sein Kreuz.

Am Tage seiner Beerdigung verteilte die Betriebszelle der Partei ein Flugblatt, in dem sie klar sagte, wer die Schuld am Tod des 17-jährigen Jugendlichen trägt. Er mußte sterben für den Profit des Kapitals, das mit Arbeitshetze, Rationalisierung und Akkord heute schon 15 Arbeiter an einem Tag in den Tod treibt.

Am 3. März 1933 hatten sie ihn verhaftet. Elfeinhalb Jahre Kerker, Isolationshaft, Folter und Todesdrohungen vermochten seine körperliche und geistige Widerstandskraft nicht zu brechen. Der erste Plan der Nazibande, ihn durch ein Todesurteil in einem Hochverratsprozeß zu beseitigen, scheiterte an seiner aufrechten, kompromißlosen Haltung. Gewarnt durch das heroische Auftreten des Genossen Georgi Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß, ahnten die Faschisten, was in einem Prozeß gegen Ernst Thälmann auf sie zukommen würde. Wie recht sie mit ihren Ahnungen hatten, zeigen uns die Notizen Thälmanns über die Taktik seines Auftretens im geplanten Prozeß. Darin heißt es unter anderem: *„...Immer und immer in Offensive gehen. Das ist der beste Hieb...Im Gerichtssaal verteidige ich mich selbst. Aus der Verteidigung in die Offensive gehen. Verteidigung mit Offensive verflechten, elastisch, aber unzweideutig. Mit Überlegenheit den Richter fühlen lassen: Ich stehe als Vertreter der Arbeiter da, als Wahrer der Interessen der sozialistischen Arbeiter, wie auch der Interessen der nationalsozialistischen Arbeiter. Kühnstes Auftreten, selbst auf die Gefahr des Ausschlusses...Denn je kühner, desto mehr Echo in der Welt...“*

Sie ließen ihn nicht auftreten. Sie fürchteten das Echo in der Welt. Als die Hitlerfaschisten sahen, daß sie auch durch schwere Mißhandlungen und freche Bestechungsversuche den Widerstand Ernst Thälmanns nicht zu brechen vermochten, gaben sie den Befehl zu seiner Ermordung. Mit ihm verlor die deutsche Arbeiterklasse ihren besten Sohn, einen unermüdlichen Kämpfer für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, einen Vorkämpfer gegen jeden Verrat am Marxismus-Leninismus.

Wer war Ernst Thälmann? Ernst Thälmann wurde am 16. April 1886 in Hamburg geboren. Bereits im Kindesalter mußte er schwer arbeiten. Schon in seiner frühen Jugend verdiente er als Kohlentrimmer oder Transportarbeiter seinen Lebensunterhalt. Dadurch kam er schon frühzeitig mit der Arbeiterbewegung in Berührung. Mit 17 Jahren trat er in die sozialdemokratische Partei und mit knapp 18 Jahren in den Transportarbeiterverband als Mitglied ein. In der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung stand er stets auf dem linken Flügel im Kampf gegen Reformismus und Opportunismus. Während des ersten Weltkrieges, an dem er als Artillerist teilnahm, entfaltete er eine intensive Agitation gegen diesen imperialistischen, dem Volk feindlichen Krieg.

Als im Jahre 1918 das Kaiserreich zusammenbrach, stand Ernst Thälmann an der Spitze der revolutionären Bewegung in Hamburg. Er entfaltete eine tief in die Massen dringende Agitation für die Vereinigung der Arbeiterklasse in einer einzigen Arbeiterpartei. Sein besonderes Verdienst ist es, daß sich im Jahre 1920 die fortschrittlichen Arbeiter der USPD nahezu vollständig der KPD (VKPD) anschlossen. Innerhalb der kommunistischen Partei wurde Ernst Thälmann sehr bald in die führenden Körperschaften gewählt. Von der besonderen Bedeutung seines Kampfes zeugt der Oktoberaufstand der Hamburger Arbeiter im Jahre 1923. Im Oktober 1925 wurde Ernst Thälmann zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt. Unter seiner Führung entwickelte sich die KPD zu einer bolschewistischen Partei, einer Partei neuen Typus.

Ernst Thälmann war ein echter Sohn seiner Klasse, ein wahrer Massenagitator, der wie kein anderer es verstand, in anschaulicher, populärer Weise vor den Massen die Fragen der Notwendigkeit des Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus, gegen Faschismus und Kriegsgefahr, für die Errichtung der proletarischen Diktatur zu entwikkeln. Er war zutiefst mit den Massen verbunden. Er sprach ihre Sprache. Ihn verstanden sie und nannten ihn „unser Teddy“. Seine enge Verbundenheit mit den Massen kennzeichnet sein gesamtes politisches Wirken. Kämpferische Entschlossenheit, Offenheit, Bescheidenheit, Mut zur Verantwortung und unbedingte Treue zu seiner Klasse kennzeichneten seinen persönlichen Charakter.

Es ist nicht übertrieben, wenn man auch auf Thälmann das Wort anwendet, das der Genosse Stalin im Jahre 1926 über Lenin sagte: *„Warum haben die russischen Arbeiter Lenin ein so unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht? Etwa bloß deshalb, weil seine Politik richtig war? Nein, nicht nur deshalb. Sie vertrauten ihm auch deshalb, weil sie wußten, daß bei Lenin zwischen Wort und Tat kein Widerspruch bestand, daß Lenin ‚nicht betrügt.‘ Darauf gründete sich unter anderem die Autorität Lenins.“*

Solch ein Führer war auch Ernst Thälmann. Er wurde vom werktätigen Volk nicht nur deshalb verehrt, weil seine Politik den Interessen des arbeitenden Volkes entsprach, sondern weil bei ihm die innere Einheit von Wort und Tat bestand. Wenn wir heute, hier in Hamburg an seinem 30. Todestag den Genossen Ernst Thälmann ehren, so nicht nur deshalb, weil er der Führer seiner Klasse, der unermüdliche Kämpfer für den Sozialismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, sondern auch und gerade der prinzipienfeste Kämpfer gegen den Verrat der Sozialdemokratie, gegen alle revisionistischen und ‚linken‘ Abweichungen in der KPD war. *„Stimme und Faust der Nation“*, wie es in einem Arbeiterlied heißt, unser leuchtendes Vorbild in unserem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Aber nicht nur wir, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten–Leninisten ehren heute unseren Genossen Ernst Thälmann. Auch andere geben vor, ihn ehren zu wollen und spielen sich als seine legitimen Erben auf. Die modernen Revisionisten der D“K“P, diese Partei, die, wie Lenin es einmal bezüglich des Verrats der SPD formulierte, „für das Linsengericht der nach den heutigen Polizeigesetzen erlaubten Organisationen das Recht des Proletariats auf die Revolution verkaufte“. Diese sich „kommunistisch“ nennende Partei, die ihre Zulassung im Jahre 1968 einer Absprache mit dem Innenministerium der Bourgeoisie und dem ehemaligen Bundespräsidenten verdankt.

Haben wir, als wir zur Jahreswende 1968/69 die KPD/ML gründeten, als wir das rote Banner Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns aus dem Staub rissen, in den es die Reimann, Bachmann, Mies getreten hatten, etwa die Bourgeoisie gefragt, ob sie mit unserer Existenz einverstanden sei? Haben wir ihr, wie die D“K“P, „demokratisches Wohlverhalten“ und die Achtung vor dem Grundgesetz, der bürgerlichen Verfassung, versprochen?

Nein, das haben wir nicht. Klipp und klar haben wir in unserer Gründungserklärung gesagt: *„Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen, kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes.“*

War der Verrat der Sozialdemokratie der II. Internationale an den Prinzipien des Marxismus durch ihre offene Unterstützung des I. Imperialistischen Weltkrieges, durch die Zerschlagung der proletarischen Revolutionen nach dem

Rede des Genossen Ernst Aust am 30. .

Verteidigt das revolutio

gegen den Verrat der

Freunde, Kollegen, Genossen, dreißig Jahre ist es jetzt her, am 18. August 1944, da ermordete die Hitlerfaschisten den großen Sohn und Führer der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälman Am 14. September 1944 ließ Goebbels durch den Rundfunk die Nachricht verbreiten: „Bei eine alliierten Luftangriff am 28. August 1944 auf das Konzentrationslager Buchenwald kamen die be den ehemaligen marxistischen Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid und Ernst Thälmann un Leben.“ Das war eine feige, erbärmliche Lüge. Denn am 28. August fand kein Luftangriff auf d Konzentrationslager Buchenwald statt. Bei einem Angriff am 24. August wurden 384 Häftlinge g tötet. Zu den Toten gehörte auch der Genosse Rudolf Breitscheid. Ernst Thälmann aber war ni mals Häftling in Buchenwald.

Heute kennen wir die Wahrheit, wissen wir, wie der feige Mord an Ernst Thälmann aussah. I wurde am 17. August aus dem Gefängnis Bautzen von zwei Kriminalbeamten mit einem PKW abg holt. Zur gleichen Zeit erhielten die Häftlinge des Krematoriums in Buchenwald die Anordnun den Ofen zu heizen und dann das Krematorium zu verlassen. Gegen 24 Uhr erschienen im Krem

Krieg, durch ihr Bündnis mit der Bourgeoisie für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen verhältnismäßig leicht zu erkennen, so fällt ihnen dies beim Verrat der modernen Revisionisten an den Interessen der Arbeiterklasse, an den Prinzipien des Marxismus–Leninismus wesentlich schwerer.

manns. Aber die entscheidenden, die das Wesen Ernst Thälmanns als großem Revolutionär ausmachen, die unterschlagen sie. Sie handeln so, wie Lenin einstmals die Revisionisten der II. Internationale charakterisierte:

„Man will vom Marxismus alles nehmen, was für die liberale Bourgeoisie annehmbar ist, einschließlich des Kampfes um Reformen, einschließlich des Klassenkampfes (ohne die Diktatur des Proletariats). Einschließlich der ‚allgemeinen Anerkennung‘ der ‚sozialistischen Ideale‘ und der Ersetzung des Kapitalismus durch eine ‚neue Ordnung‘ und will ‚nur‘ die lebendige Seele des Marxismus, ‚nur‘ sein revolutionäres Wesen beiseitewerfen.“



Ernst Thälmann

Ihre Raffinesse, ihre Hinterhältigkeit liegt darin, daß sie einerseits richtige marxistisch–leninistische Thesen bringen, die aber nicht die Entscheidenden sind, oder nur einen Nebenaspekt darstellen, sie immer wieder überbetonen, andererseits aber den Hauptaspekt, die Grundprinzipien des Marxismus–Leninismus zurücktreten und schließlich ganz fallenlassen. Die Gefährlichkeit dieser Methode liegt darin, daß sie sich bestimmte Aspekte aussuchen, nicht Antimarxistisches behaupten, aber gleichzeitig den Marxismus–Leninismus auf den Kopf stellen. Dies trifft besonders auf ihre Kampagne zum 30. Todestag Ernst Thälmanns zu.

Da schreiben sie in ihren Zeitschriften viele richtige Dinge über das Leben und Wirken Ernst Thäl-

So wird z. B. in ihrer Jugendzeitschrift „Elan“ bezüglich Ernst Thälmann darauf hingewiesen: *„Unter seiner Führung wurde die KPD zu einer echten Massenpartei. 1932 zählte sie 300 000 Mitglieder.“* Auch der D„K“P-Boß Mies wies auf diese Tatsache anläßlich der Thälmannkundgebung seiner Partei ge-

bührend hin. Nun ist es zweifell eine selbstverständliche Pflicht, d sich eine kommunistische Partei ti in den Massen verankern muß, d sie nicht nur Vortrupp, organisie ter Trupp der Arbeiterklasse i sondern auch die höchste Form d Klassenorganisation des Proletaria deren politische Führung sich a alle anderen Formen der Organis tion des Proletariats zu erstreck hat.

Die Partei muß das Proletari führen und darf nicht hinter d spontanen Bewegung herlaufe Gleichzeitig aber darf sie die V bindung zu den Massen, ihrem De ken und Fühlen nicht verlieren. S muß sich mit den breitesten Mass der Werktätigen, in erster Linie d proletarischen, aber auch mit d nichtproletarischen, werktätig Massen verbinden, sich ihnen nähern und bis zu einem gewiss Grad mit ihnen verschmelzen. S muß die Massen lehren und glei zeitig sich dem revolutioänren I stinkt der Massen gegenüber a merksam verhalten, die Praxis c Kampfes der Massen studieren u daran die Richtigkeit ihrer Poli überprüfen. Sie muß von den M sen lernen.

Doch ist es dazu absolut n wendig, daß sie über zahlreic Mitglieder verfügt? Ist dies das e zige Kriterium für eine bolsche stische Partei? Eben nicht. Imm hin waren in der indonesischen I 3 Millionen, und in ihren Mass organisationen 12 Millionen M glieder organisiert, und doch f sie dem faschistischen Terror z Opfer, fanden hunderttauser Kommunisten den Tod, währe eine relativ kleine Partei wie die Bolschewiki, die noch 1916 r über einige zehntausend Mitglied oder die Kommunistische Partei baniens, die nur über einige hund verfügte, die Massen zur siegreich Revolution zu führen vermocht

Die Partei darf keine enge, sich abgekapselte Partei, bestehe nur aus einigen revolutionären I dern sein, sie darf aber auch ni eine unbegrenzte Partei sein, ein jeder nach Belieben ein- u austritt, wie dies heute bei c sozialdemokratischen und revisic stischen Parteien wie der D„K der Fall ist.

Was wir brauchen, ist eine re lutionäre, eine disziplinierte Par die prinzipienfest mit der Theo des Marxismus-Leninismus gewa net, die Methode der Selbstkri anwendet und eng mit den Vol massen verbunden ist. Die Hau aufgabe einer solchen Partei ist das Proletariat und die gesam werktätigen ausgebeuteten Mas auf die sozialistische Revoluti

restag der Ermordung Ernst Thälmanns

re Erbe Ernst Thälmanns

odernen Revisionisten!

rium sechs SS-Führer und die zwei Kommandoführer des Krematoriums. Einige Minuten später ffneten die beiden Kommandoführer das Tor zum Hof, um einen PKW einzulassen. Dem Wagen tstiegen drei Zivilisten, von denen der mittlere groß, breitschultrig war und eine Glatze hatte. Die S flankierte die Eingangstür des Krematoriums. Als der mittlere Zivilist die Tür des Krematoriums ssiert hatte, fielen hinter ihm drei Schüsse. Jetzt gingen alle SS-Leute ins Krematoriums. Einige linunten später fiel ein vierter Schuß. Ernst Thälmann war tot, soweit ein Augenzeuge. Die SS-eute verließen das Krematorium. Nur die Kommandoführer blieben zurück und verrichteten die rbeit, die sonst nur von Häftlingen ausgeübt wurde: Sie verbrannten die Leiche.

Dieser heimtückische Mord an dem Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands Ernst hälmann zeigte die große Angst der Hitlerfaschisten, deren naher Untergang sich im Sommer 1944 ereits überall abzuzeichnen begann. Ihre Angst vor der revolutionären deutschen Arbeiterbewe-ung, ihre Angst vor dem populärsten Führer des werktätigen deutschen Volkes, der für Millionen um Symbol des Widerstandes, zum Symbol des Kommunismus geworden war.

e gewaltsame Ergreifung der acht, die Zerschlagung des bürger-chen Staatsapparates und die Er-chtung der Diktatur des Proleta-ats vorzubereiten: Unter den Mas-n die Notwendigkeit der heran-ifenden Revolution zu propagie-n, ihre Unvermeidlichkeit nachzu-eisen, ihren Nutzen für das Volk arzumachen.

Wie aber steht es damit bei den odernen Revisionisten der ,,K"P? Allein schon die Erwäh-ung des Wortes *„Revolution"*, nz zu schweigen von *„bewaffne-r Aufstand"*, jagt ihnen wie auch estimmten sich *„kommunistisch"* ennenden Zirkeln einen Schauder en Rücken hinunter, läßt sie in s Geschrei von *„ultralinken Sek-erern"* ausbrechen. Ihre Begrün-ung: Die Massen sind *„doof"*. So was dürfe man ihnen nicht sagen, s verstünden sie nicht. Abgesehen avon, daß dies eine glatte Unter-hätzung des Bewußtseins der Mas-n ist, begreifen sie auf Grund ih-r eigenen Erfahrungen und der eispiele, wie sie erst kürzlich in hile wieder erfuhren, sehr wohl, aß nur die gewaltsame Revolution e von ihren Ausbeutern befreien ann, auch wenn sie zur Zeit die otwendigkeit revolutionären Han-elns noch nicht begreifen, oder an-esichts der Machtmittel des bürger-chen Staatsapparates resignieren. Vas sagt Lenin dazu:

„Viel schwerer — und viel wert-oller — ist, daß man es versteht, in Revolutionär zu sein, wenn die edingungen für einen direkten, of-enen, wirklich von den Massen ge-agenen revolutionären Kampf och nicht vorhanden sind, daß an es versteht, die Interessen der evolution (propagandistisch, agi-atorisch, organisatorisch) in nicht-evolutionären, oft sogar direkt re-ktionären Institutionen, in einer ichtrevolutionären Situation unter iner Masse zu verfechten, die un-ähig ist, die Notwendigkeit revolu-onärer Methoden des Handelns ofort zu begreifen."

Wie anders als das reaktionäre, azifistische Gewäsch dieser revisio-istischen Führer die Sprache Ernst hälmanns, den sie uns heute als riedensapostel präsentieren wollen: *Die ‚kleine Alarmstufe', der Schu-o, flößt uns revolutionären Solda-en ebensowenig Respekt ein wie as ‚beste Heer der Welt'. Ja, ist es enn unsere Schuld, daß ihr Herren ourgeois uns 4 Jahre durch die chützengräben von Flandern bis erdun geschleift habt? Ist es denn nsere Schuld, daß eure Bürgeroffi-iere uns gelehrt haben, mit so iedlichen' Dingern umzugeben, ie es Maschinengewehre und Flam-enwerfer sind? Wir haben es ge-lernt, und werden es nicht verges-sen... Der imperialistischen Bour-geoisie rufen wir zu: Hände weg von der russischen und chinesi-schen Revolution. Der Arbeiter-klasse: Fort mit dem revisionisti-schen Geleier — wir brauchen das neue Schwert, das Schwert der Re-volution."* Das war Ernst Thälmann, das war unser Teddy. So lebt er in unseren Herzen, in unserem Han-deln fort.





Demonstration und Kundgebung zu Ehren Ernst Thälmanns. Genosse Ernst Aust verteidigt das revolutionäre Erbe Thälmanns.

Es ist schon eine ungeheure Un-verschämtheit, ein grenzenloser Zy-nismus, wenn die D,,K"P in ihrem Flugblatt zum 30. Todestag Ernst Thälmanns schreibt:

„Ernst Thälmann ehren — das heißt, heute seinen Kampf führen: ... Für Mitbestimmung und demo-kratische Kontrolle.

Ernst Thälmann ehren — das heißt, für die Verstaatlichung der Großkonzerne eintreten, für ihre Kontrolle durch die Gewerkschaf-ten und Belegschaften."

Das heißt nichts anderes als das große, revolutionäre Erbe Ernst Thälmanns in den Dreck ziehen, das heißt ihn „ehren", indem man für das eintritt, was er Zeit seines Lebens aufs schärfste bekämpft hat:

Jegliche Illusion darüber, auf dem Weg der Reformen friedlich in den Sozialismus hineinwachsen zu kön-nen. Unter seiner Führung führte die Partei einen erbitterten Kampf gegen den Reformismus, entlarvte sie das Konzept der „Wirtschafts-demokratie" der SPD — ein Pen-dant zur „antimonopolistischen Ordnung" der D,,K"P — als einen Versuch, die Arbeiterklasse zum Verzicht auf jeden ernsthaften Kampf gegen die Rationalisierungs-maßnahmen des Kapitals zu zwin-gen, zeigte sie, daß das Gerede von der „Demokratisierung der Wirt-schaft" darüberhinaus vor allem das Ziel verfolgte, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf für den Sozialismus abzuhalten, wies sie nach, daß die Politik der SPD- und ADGB-Führer der Reaktion die be-ste Hilfe leistete und dem Faschis-mus den Weg ebnete.

Mitbestimmung? Wobei sollen wir mitbestimmen? Bei unserer Ausbeutung und Unterdrückung? Darauf können wir verzichten. De-mokratische Kontrolle? Was sollen wir kontrollieren? Den Schnitt, den die Bosse machen? Was ändert das an unserer Lage? Verstaatlichung? Sicher, wenn für die Kapitalisten ein Betrieb nicht mehr genug Pro-fit abwirft, sind sie gern bereit, ihn zu verstaatlichen, mit Steuer-mitteln modernisieren zu lassen, um ihn dann wieder zu übernehmen. Oder werden wir in einem verstaat-lichten Betrieb etwa weniger ausge-beutet, als in einem der Privatindu-strie? Praktisch läuft diese ganze Mitbestimmungsideologie auf nichts anderes hinaus, als die Propagierung der faschistischen Volksgemein-schaft, der friedlichen Zusammen-arbeit von Arbeiterklasse und Ka-pitalisten. Praktisch läuft das ganze Verstaatlichungsgerede auf nichts anderes hinaus, als auf die Vervoll-kommnung des staatsmonopolisti-schen Kapitalismus, wie er bisher im Hitlerfaschismus seinen höch-sten Ausdruck fand.

Die Geschichte hat bewiesen, daß der Reformismus der faschisti-schen Terrorherrschaft den Weg bahnte, indem er die ideologische, politische und militärische Zerset-zung und Entwaffnung der Arbei-terklasse betrieb. Wie vor 1933 die SPD, so ist heute die D,,K"P (wie auch die „linken" Sozialdemokra-ten und einige sich „kommuni-stisch" nennende Zirkel) die Haupt-agentur des Kapitals im Lager der Arbeiterklasse, spielt sie die Rolle des Wegbereiters des Faschismus. Und machen wir uns nichts vor: Je mehr sich die Klassenkämpfe zuspitzen, je wortradikaler und scheinbar auch „militanter" wird sich die D,,K"P präsentieren, wird sie versuchen, ihr wahres Wesen zu verschleiern, um zu versuchen, sich an die Spitze dieser Kämpfe zu set-zen, um ihnen die revolutionäre Stoßrichtung zu nehmen.

Auf seiner letzten Rede anläß-lich der illegalen Tagung des ZK der KPD im Sporthaus „Ziegen-hals" bei Niederlehme am 7. Fe-bruar 1933 sagte Ernst Thälmann unter anderem: *„Wenn wir nicht mehr erreichen konnten, so des-halb, weil wir den Einfluß der SPD und ADGB-Führer sowie der christ-lichen Gewerkschaftsführer auf brei-te Arbeitermassen nicht in dem er-forderlichen Maße zu liquidieren vermochten."* — Genossen, laßt uns das eine Lehre sein! Ohne den Ein-fluß der reformistischen und revi-sionistischen Ideologie auf die Ar-beitermassen zu brechen, werden wir auch dann, wenn eine revolutio-näre Situation gegeben ist, nicht siegen können.

Doch nicht nur in der sozialen, auch in der nationalen Frage bege-hen die modernen Revisionisten der D,,K"P und die ihnen folgenden Zirkelhäuptlinge Verrat an der Ar-beiterklasse und den anderen werk-tätigen Schichten unseres Volkes. Sie bezichtigen uns des Chauvinis-mus, stellen uns mit Strauß in eine Reihe, weil wir es wagen, zwar von zwei deutschen Staaten, aber nur von einer deutschen Nation zu spre-chen und den Abzug der Besat-zungstruppen aus West- und Ost-deutschland zu verlangen. Wie mö-gen ihnen die Worte Ernst Thäl-manns in den Ohren klingen, der da sagte:

„Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk. Und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehre, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter und bin deshalb als ihr revolutionäres Kind später ihr revolutionärer Füh-rer geworden. Mein Leben und Wir-ken kannte und kennt nur eins: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tat-kraft, ja mein Ganzes, die Persön-lichkeit, zum Besten der deutschen Zukunft, für den siegreichen soziali-stischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Na-tion einzusetzen."

Wüßten sie nicht, von wem die-se Worte stammen, würden die D,,K"P-Bonzen sagen: Wer so spricht, ist ein Chauvinist, ein Fa-schist. Daß *sie* jedoch in Wirklich-keit die Verräter, die Chauvinisten sind, sollte ihnen das Wort des Ge-nossen Stalin klar machen, der sag-te: *„Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation. Sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie ‚über alles'. Jetzt ist vom ‚nationalen Prin-zip' auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und Unabhängigkeit der Na-tion für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel wer-den sie, die Vertreter der kommu-nistischen und demokratischen Par-teien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn sie Pa-trioten ihres Landes sein, wenn sie die führende Kraft der Nation wer-den wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte."*

Doch wie das revolutionäre Er-be von Marx, Engels, Lenin so ha-ben die Herren Reimann, Bach-mann, Mies etc. natürlich erst recht das von Stalin über Bord geworfen. Was sie allerdings nicht daran hin-dert, den Kampfgefährten Stalins, Ernst Thälmann, seine unerschütter-liche Treue zur Sowjetunion, Lenin und Stalin für ihre miesen Zwecke auszunutzen. Dabei beziehen sie sich auf ein Zitat aus einer Rede Ernst Thälmanns, die er auf dem VII. erweiterten Plenum des EKKI hielt. Sie verfälschen es, indem sie es verstümmeln und entscheidende Passagen wie *„proletarischen Dik-tatur in der"* einfach weglassen. Der Zweck wird klar, wenn man das Zitat in vollem Wortlaut liest: *„Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Dik-tatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister und müs-sen sich scheiden. Die Haltung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört. Zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolu-tion."*

Die Stellung zur Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion ist allerdings die entscheidende Frage, an der sich die Geister scheiden. Die Festung, die große, sozialisti-sche Sowjetunion wurde nicht von außen, sie wurde von innen erobert. Schon Lenin sagte: „Die gestürzten Ausbeuterklassen behalten immer *die Hoffnung auf eine Restaura-tion und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration."* Er wies auf die Gefahr hin, daß *„aus den Reihen unserer Sowjet-angestellten"* eine *„neue Bourgeoi-sie entstehe"*. Diese revisionisti-schen Elemente nutzten nach Sta-lins Tod die Gelegenheit zu einem konterrevolutionären Staatsstreich. Sie zerschlugen die Diktatur des Proletariats, usurpierten die Macht in Partei und Staat und führten ihre revisionistische Linie durch, was zu der grundsätzlichen Restauration des Kapitalismus in der Sowjet-union führte. Die Sowjetunion von heute ist eine imperialistische, eine sozialimperialistische Supermacht, die wie der USA-Imperialismus, die amerikanische Supermacht, andere Völker überfällt, unterdrückt und ausplündert. *„Als Kriterium des proletarischen Internationalismus dient auch heute"*, wie der Genosse Enver Hoxha sagte, *„die Haltung zur Sowjetunion. Jedoch im ent-gegengesetzten Sinne als zur Zeit Lenins und Stalins, als die Sowjet-union Zentrum und Basis der Welt-revolution war. Revolutionär und Internationalist ist heute derjenige, der die Sowjetrevisionisten be-kämpft, ihren Verrat entlarvt, mit allen Kräften ihre antimarxistische und imperialistische Politik und Li-nie zurückweist."*

Wer wie die chinesischen und albanischen Genossen und wie unse-re Partei das Erbe Lenins und Sta-lins verteidigt und die neuen Zaren schonungslos bekämpft, der steht im Lager der proletarischen Revo-lution, der kämpft im Sinne Ernst Thälmanns!

Auf Raub und Spionage aus

In der vergangenen Woche haben irische Marineboote einen sowjetischen Trawler dingfest gemacht, der innerhalb der 12 Meilen-Zone vor der irischen Küste die Fischereibestände plünderte. Als die irischen Marineboote das sowjetische Schiff in den irischen Hafen Cork eskortierten, versuchte der sowjetische Kapitän ganz nach Art eines ertappten Diebes mit seinem Trawler zu entfliehen. Vergeblich. In Cork wurde er von einem Gericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Fang und Ausrüstung des Trawlers wurden beschlagnahmt.

Vor Gericht behauptete der sowjetische Kapitän noch frech: er sei fest überzeugt gewesen, auf Hochsee zu sein. Doch sein eigenes Verhalten straft ihn Lügen: warum versuchte er denn wie ein ertappter Dieb nach der Tat zu fliehen als die irische Marine ihn stellte? Die sowjetische Flotte besitzt nicht etwa unfähige Navigatoren, sondern schlechte Lügner!

Auf der ganzen Welt sind die Fischfangflotten der sowjetischen Sozialimperialisten dafür bekannt, daß sie genauso wie die Fangflotten des US-Imperialismus die Fischbestände anderer Länder ausrauben. (Unter anderem war dafür auch Island ein Beispiel, das sich entschlossen gegen die Raubfischerei der Imperialisten und auch der Sozialimperialisten in seinen Gewässern zur Wehr setzte). Das ist auch der wichtigste Grund, warum die Länder der Dritten Welt zusammen mit anderen kleinen Ländern unter der Führung der VR China auf der UNO-Seerechtskonferenz entschlossen für die Anerkennung der 200 Meilen-Zone der Territorialgewässer durch die beiden Supermächte kämpfen: um ihre rechtmäßigen Fischbestände und andere Reichtümer des Meeres vor dem räuberischen Zugriff der beiden Supermächte zu schützen, die sich aufführen wie die Herrscher der Weltmeere. Mit Begründungen wie: das alte Seerecht habe sich doch bewährt, beharren die beiden Supermächte auf der 12 Meilen-Zone. **Allerdings hat sich für diese beiden imperialistischen Räuber die 12 Meilen-Zone bewährt — denn um so größer und fetter war ihre Beute auf Kosten der kleinen Länder, die ihre Fischfangflotten nicht über die ganze Welt senden können.**

Und nicht einmal diese Zone halten sie ein — wie der sowjetische Trawler vor der irischen Küste beweist. **Das entlarvt sie als imperialistische Räuber, die in keiner Weise die Souveränität und Hoheit anderer Länder und ihrer Gewässer achten, und es beweist, daß der Kampf der Länder auf der Seerechtskonferenz gegen die beiden Supermächte gerecht ist und unterstützt werden muß.**

Doch die Flotten und einzelnen Trawler der sowjetischen Sozialimperialisten stehlen nicht nur in den Hoheitsgewässern anderer Länder, sondern treiben auch Spionage.

Bereits Mitte März war vor der irischen Küste ein ganzes Geschwader von sowjetischen Schiffen aufgetaucht: darunter ein Spähschiff, das eng mit einem sowjetischen Atom-U-Boot zusammenarbeitete, um Raketen-U-Boote der britischen Marine und anderer Atlantik-Länder zu beschatten. Seit Februar dieses Jahres wurden bereits in fünf Fällen sowjetische Spionageschiffe in westeuropäischen Territorialgewässern enttarnt. Laut westlichen Nachrichtenagenturen schicken die sowjetischen Sozialimperialisten oft eilig ihre Spionageschiffe los, wenn große Flottenmanöver im Atlantik oder im Mittelmeer stattfinden, um strategische und taktische Informationen über die Militärflotte ihres großen Rivalen, des US-Imperialismus und seinen NATO-Block zu erhalten.

Nicht anders als die Spitzel und Agenten der Sozialimperialisten wie Guillaume und Frenzel dienen auch die sowjetischen Spionageaktivitäten auf dem Meer direkt ihrer Politik der Aggression und Expansion, ihrer konterrevolutionären Globalstrategie, mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft zu ringen.

Die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet, daß entsprechend der Statistik 75 % der größeren Schiffe der Sowjetflotte und über die Hälfte der Angriffs-U-Boote und Raketen-U-Boote in allen Gewässern rund um Europa aufgefahren sind. Das bestätigt, daß der strategische Schwerpunkt im Kampf um die Hegemonie zwischen der Sowjetunion und den USA Europa ist.

Zur Tarnung ihrer Spionage auf dem Meer benutzen sie Fischerboote — wie den vor Irland aufgebrachten Trawler. Ein japanisches Buch zu Verteidigungsfragen berichtet, daß die Sowjetunion allein 200 solcher Trawler von je 350 t besitzt, die ausgerüstet mit elektronischen Geräten für Spionagezwecke an den Küsten anderer Länder herumschleichen. Für den gleichen Zweck sind darüberhinaus 19 000 „Fischereiboote" im Einsatz. Auch werden sogenannte „wissenschaftliche Forschungsschiffe" für Spionage verwandt. Einige dieser Schiffe sind darauf spezialisiert, Informationen über die Militäranlagen anderer Länder zu sammeln. Sie halten sich vielfach tagsüber an den Grenzen zu den Territorialgewässern anderer Länder auf, um dann nachts dort einzudringen und zu „forschen".

Daß die sowjetischen Sozialimperialisten verstärkt mit Diebstahl und Spionage ihr Unwesen an westeuropäischen Küsten treiben, ist ein ernsthaftes Warnsignal für die Völker Europas. Es ist Ausdruck davon, daß die sowjetischen Sozialimperialisten ihr Ringen mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft in Europa intensivieren und die Gefahr eines imperialistischen Krieges zwischen den beiden Supermächten in Europa wächst. Für die Völker Europas bedeutet das, angesichts der drohenden Gefahr, ihre Anstrengungen im Kampf gegen diese beiden imperialistischen Ober-Räuber zu verstärken.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Angola, Mozambik, Portugal

Die Völker kämpfen Hand in Hand gegen den gemeinsamen Feind!

Portugiesische Truppen haben in Antonio Enes (Mosambik) und Luanda (Angola) die Wohnviertel der afrikanischen Bevölkerung angegriffen und aus Luanda über 200 Menschen in das KZ von Sao Nicolao geschleppt. Zur gleichen Zeit haben die Truppen der Junta in Angola versucht, Stellungen der Befreiungsbewegung FNLA anzugreifen. Diese Tatsachen zeigen, daß die portugiesischen Kolonialisten keinen Moment die Absicht hatten, sich freiwillig aus den Kolonien zurückzuziehen.



FRELIMO kämpft in enger Verbundenheit mit dem Volk: Ein FRELIMO-Kämpfer diskutiert mit den Volksmassen über die politischen Ziele der Befreiungsfront.

Scheinheilig hatte Spinola erklärt, jetzt gebe es keinen Grund mehr, die Waffen in den Händen zu halten, nachdem die Junta erklärt hatte, daß sie bereit sei, den Völkern von Angola und Mosambik die Unabhängigkeit zu geben und die Republik Guinea-Bissao anzuerkennen. Spinola war zu dieser Erklärung gezwungen, weil alle seine Versuche, die Unabhängigkeit dieser Länder zu verhindern, alle seine „politischen Lösungen" (RM 32/74) durch den bewaffneten Kampf der Völker und ihrer Befreiungsorganisationen zerschlagen worden sind.

Aber es wäre eine Illusion zu glauben, allein das portugiesische Regime sei an der Unterdrückung der Völker in Mosambik und Angola interessiert. Es ist bezeichnend, daß der amerikanische Ölkonzern Gulf Oil die Hälfte des portugiesischen Militärhaushalts finanziert. Diese Gesellschaft hat auch die Erdölquellen Angolas ausgeplündert. Die portugiesische Junta handelt im Auftrag der USA-Imperialisten und der NATO. (Nach den USA-Imperialisten sind es vor allem die britischen und westdeutschen Monopole, die diese Länder ausplündern. So hat z. B. Krupp an der Ausbeutung der Eisenerzlager im Süden Angolas Millionen verdient).

Für die USA-Imperialisten sind die portugiesischen Kolonien von großer strategischer Bedeutung in ihrem Kampf um die Weltherrschaft. Erst vor kurzem haben die sowjetischen Sozialimperialisten in Somalia, am Ausgang des arabischen Golfs, mehrere Militärstützpunkte errichtet. Die Befreiung Mosambiks bedeutet für die beiden Supermächte, im Kampf um die Hegemonie im Indischen Ozean eine weitere Niederlage.

Um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, versuchen die Imperialisten, die Einheit der Völker zu spalten und ihren Kampf zu schwächen. Jetzt verbreiten sie die unglaubliche Lüge, die FRELIMO wolle, daß die portugiesischen Truppen im Land bleiben. Gleichzeitig versuchen von den Imperialisten bezahlte und bewaffnete Banden, die Länder in Unruhe und Chaos zu stürzen. Aber die Völker von Angola, Mosambik und Guinea-Bissao haben alle diese Machenschaften zurückgeschlagen. Sie haben niemals die Waffen aus der Hand gelegt. Sie schreiten siegreich im bewaffneten Kampf voran.

Das Rassistenregime in Südafrika hat jetzt seinen Militärhaushalt verdoppelt, und bereitet sich auf eine Invasion in Angol aund Mosambik vor. Es plant die Vernichtung der Befreiungsbewegungen von Namibia und Zimbabwe. Aber der Kampf der Völker von Angola und Mosambik ist ein leuchtendes Beispiel für die vom Imperialismus unterdrückten Völker im Süden Afrikas.

Dieser Kampf vereinigt sich mit dem Kampf des portugiesischen Volkes. Tausende von Soldaten und Matrosen in Uniform haben kürzlich in Portugal für die sofortige Unabhängigkeit der Kolonien demonstriert. Allein in einer Stadt desertierten 12 von 50 Soldaten, als sie zur Unterdrückung der Befreiungsbewegungen nach Afrika geschickt werden sollten. Nichts zeigt den wirklichen Charakter der Junta deutlicher, als ihr Versuch, diesen Kampf brutal und grausam zu unterdrücken. Alle Demonstrationen von Soldaten in Uniform wurden verboten, ebenso alle Berichte über „militärische Operationen", der Chefredakteur einer fortschrittlichen Zeitung wird eingekerkert. In Lissabon ermordete die Polizei einen revolutionären Kämpfer und verletzte fünf weitere, als sie gegen die Kolonialpolitik der Junta demonstrierten.

Die Völker von Angola, Mosambik und Guinea-Bissao werden den bewaffneten Kampf solange fortsetzen, bis sie die Imperialisten aus ihren Ländern verjagt haben und wirklich unabhängig und frei sind. Ihre Erfolge zeigen, daß sie unbesiegbar sind.

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DES SPANISCHEN VOLKES

Am 2. und 3. 8. trat die KPD/ML in Marburg mit einem Literaturstand auf einem Flohmarkt auf. Die Partei rief zur Solidarität auf mit den vier spanischen Genossen, die angeklagt sind, führende Mitglieder der KPS/ML zu sein und denen deshalb jahrelange Kerkerhaft oder Todesstrafe droht. Insgesamt 70 DM konnten zur Unterstützung des Kampfes gegen den spanischen Faschismus und seinen Oberherren, den US-Imperialismus, gesammelt werden.



Eine Resolution, in der das spanische Henkerregime verurteilt wird und die Solidarität mit den vier angeklagten Genossen und dem kämpfenden spanischen Volk ausgedrückt wird, verabschiedete der ROTER MORGEN-Leserkreis Kiel-Elmschenhagen auf einem Treffen. Dabei wurden 29,15 DM zur Unterstützung der KPS/ML und der FRAP gesammelt.

Aus aller Welt

VIETNAM:

Nach Angaben des Sprechers des Außenministeriums der Republik Südvietnam hat die Saigoner Verwaltung allein im Juli 18 469 Mal den Waffenstillstand gebrochen. Vom Abschluß des Pariser Abkommens bis zum 31. Juli hat die Saigoner Verwaltung 415 063 Mal das Pariser Abkommen durch eine Verletzung des Waffenstillstandsabkommens gebrochen. Es ist völlig offensichtlich, daß sich die Saigoner Verwaltung nur deshalb noch an der Macht halten kann, weil die US-Imperialisten ihre Unterstützung für sie verstärkt fortsetzen. Am 3.8.74 hat das Außenministerium dagegen noch einmal offiziell protestiert. In der Protestnote heißt es unter anderem: Die US-Regierung habe ungeachtet der Proteste des amerikanischen Volkes „seine militärische und wirtschaftliche Unterstützung im Zeitraum 1974/75 nicht nur verstärkt, sondern gleichzeitig den ‚Lang-Zeit-6-Jahres-Hilfsplan' geschaffen, der für die Saigoner Verwaltung von beträchtlicher Bedeutung ist ... Dank den US-Dollars, Waffen und Munition kann die faschistische Nguyen van Thieu Junta Armee- und Polizeikräfte und andere Kriegsmaschinerie behaupten, die mehr als 1 000 000 Mann beträgt, um so ihre brutalen Pläne der „Pazifierung" und Landeroberung durchzuführen.

ENGLAND/IRLAND:

In London und Belfast melden bürgerliche Presseagenturen Demonstrationen anläßlich des 3. Jahrestages der Internierung von irischen Patrioten in KZs. Dabei sollen in London 20 angebliche Mitglieder der IRA festgenommen worden sein.

MEXIKO:

3 000 mexikanische Bauern begannen einen Marsch auf die Hauptstadt, um ihre Forderung nach der Übergabe von 34 000 ha Land zu erzwingen, das die Regierung ihnen zugesichert hat.

Prozeß gegen RAF-Genossen soll noch jahrelang verschleppt werden

Die politischen Gefangenen der RAF müssen sofort freigelassen werden. Einen entsprechenden Antrag haben jetzt die Rechtsanwälte der Genossen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins und Jan-Carl Raspe gestellt. Seit über zwei Jahren versucht die Bourgeoisie mit unglaublichem Terror, ihren Willen zu brechen, sie psychisch und physisch zu vernichten.

Offiziell heißt es, sie sind in Untersuchungshaft. In Wirklichkeit werden sie seit zwei Jahren durch Isolationshaft systematisch gefoltert. Diese Folter hat schon jetzt schreckliche Spuren hinterlassen. Ulrike Meinhof sollte durch ein medizinisches Experiment im Gehirn in den Wahnsinn oder Tod getrieben werden. Katharina Hammerschmidt wurde die ärztliche Versorgung verweigert, sie sollte an ihrem Tumor sterben.

Jetzt, nach zwei Jahren, sind die „Ermittlungen" abgeschlossen. Ihre Ergebnisse füllen 1 803 Ordner mit über 600 000 Seiten. Aber die Bourgeoisie wagt es nicht, diese „Ermittlungen" herauszurücken. Zu offensichtlich würde werden, daß die angeblich „kriminellen Handlungen", die Morde, Raub- und Banküberfälle, nicht bewiesen werden können. Ganze 134 Ordner, nicht einmal 10%, sind den Rechtsanwälten zur Einsicht übergeben worden.

Der einzige „Beweis", den die Bourgeoisie bisher präsentieren konnte, war der Polizeispitzel Ruhland, und der ist inzwischen so unglaubwürdig geworden, daß sie ihn am liebsten aus dem Verkehr ziehen würde.

Jeder konnte in den bisherigen Prozessen sehen, daß die Genossen der RAF Revolutionäre sind. Auch wenn sie die Theorie vertreten, daß der bewaffnete Kampf jetzt begonnen werden muß, ohne daß eine revolutionäre Situation besteht, ohne die Massen im Sinne der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution zu erziehen, wenn sie ohne die Partei kämpfen – sie stehen fest zur Revolution. Isolierhaft und Folter konnten sie nicht brechen, im Gegenteil, im Gefängnis und vor Gericht haben sie den Kampf weitergeführt und die Bourgeoisie angeklagt. Im Kampf gegen die Isolationsfolter und gegen die politische Unterdrückung, für die Freilassung der politischen Gefangenen, haben sich immer mehr Menschen angeschlossen. Dieser Kampf verhinderte den medizinischen Eingriff an Ulrike Meinhof, die Bourgeoisie wurde gezwungen, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin aus dem Toten Trakt von Köln Ossendorf nach Stuttgart Stammheim zu verlegen.



Immer mehr solidarisieren sich mit den Genossen der RAF gegen Isolationsfolter

Für den Prozeß gegen die Genossen baut die Bourgeoisie mitten in Stuttgart eine Festung. Ein riesiger Betonklotz soll hier entstehen, hermetisch abgeriegelt, schwer bewacht von innen und außen. Diese Festung ist eine Provokation. Die Rechtsanwälte der Genossen haben deshalb das Land Baden-Württemberg verklagt, „die bereits begonnene Errichtung des Gebäudes auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim" zu unterlassen. Die Festung beweist aber gleichzeitig, daß die Klassenjustiz es nicht wagen kann, den Prozeß öffentlich zu führen. In der Presse ist behauptet worden, die Festung sei notwendig, weil der Prozeß ein „Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung" ist. Der 2. Juni 1972 soll der Beweis sein. Damals glich Stuttgart einem Polizeilager. Schwerbewaffnete Polizisten durchsuchten Häuser und Fahrzeuge. Angeblich wollte die RAF in der Stuttgarter Innenstadt Bomben explodieren lassen. Diese Bombendrohung war eine Provokation, wahrscheinlich von der Polizei selbst fabriziert, so wie die zugespitzten Fahnenstangen und Schlachtermesser, die der Partei anläßlich der Beerdigung des Genossen Günter Routhier untergeschoben werden sollten. Die RAF hat damals öffentlich erklärt, daß sie mit dieser Drohung nichts zu tun hat, daß die Drohung faschistischer Terror gegen das Volk ist. Der Betonklotz von Stuttgart zeigt, daß die Klassenjustiz Angst vor dem Prozeß hat. Sie fürchtet, daß bewiesen wird, daß sie Revolutionäre systematisch foltert, daß sie es auf ihre physische Vernichtung abgesehen hat. Die Morde an Genossen Routhier, an Thomas Weisbecker, Petra Schelm, Georg von Rauch, um nur einige zu nennen, beweisen, daß es in Wirklichkeit die Bourgeoisie ist, die die Verbrechen begeht. Der Versuch, die Genossen der RAF in jahrelanger Isolierhaft zu foltern, zu vernichten, muß verhindert werden. Es ist die Pflicht jedes Revolutionärs, für ihre sofortige Freilassung zu kämpfen.

Antikriegstagsprozeß in München

Freispruch für Genossen Klaus Singer!

Am 26. 8. 1974 beginnt vor dem Münchner Landgericht die Berufungsverhandlung gegen Genossen Klaus Singer, der bei der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 in München teilgenommen hatte. In der ersten Instanz war Genosse Klaus zu einem Jahr Gefängnis, 1 000 DM Geldstrafe und 900 DM Ordnungsstrafe verurteilt worden.

Genosse Klaus war bei dieser Demonstration von einem als Demonstranten verkleideten zivilen Polizisten überfallen, von ihm und zwei anderen Zivieln brutal zusammengeschlagen worden. Unter anderem wurde ihm die Nasenscheidewand gebrochen. Er erlitt eine Gehirnerschütterung. Im Polizeiwagen drohte ein Polizist: „Wenn du fliehen willst, schieße ich. Aber nicht auf die Beine, sondern auf den Kopf. Dann heißt es später: auf der Flucht erschossen." Vier Wochen lang wurde Genosse Klaus nach seiner Festnahme zusammen mit anderen Demonstranten in Haft gehalten. Nach seiner Freilassung mußte er sich monatelang 3 mal wöchentlich bei der Polizei melden.

Im Prozeß selber verwickeln sich die Polizeizeugen, die „besonders schwere Körperverletzung" und „besonders schweren Widerstand gegen die Staatsgewalt" durch Genossen Klaus nachweisen sollen, heillos in Widersprüche. Einem Zeugen der Verteidigung wird vom Gericht das Wort im Mund umgedreht. Schließlich lassen Richter und Staatsanwalt eine große Kiste in den Gerichtssaal bringen, die bis obenhin mit angeblichem Beweismaterial für die „Bewaffnung" der Demonstranten gefüllt ist. Es ist offensichtlich, daß diese Kiste allein der Stimmungsmache dient – nicht einmal der Staatsanwalt wirft dem Angeklagten vor, er selber sei bewaffnet gewesen. Als Genosse Klaus das entlarvt, verkündet das Gericht: 900 DM Ordnungsstrafe, „weil der Angeklagte das Gericht auf das Schwerste beleidigt hat". Nach fünf Tagen schließlich das Urteil: 1 Jahr Gefängnis. 1 000 DM Geldstrafe. Sofort nach der Urteilsverkündung springt der Staatsanwalt auf und entreißt dem Angeklagten seine Prozeßunterlagen – beschlagnahmt. Wozu, erfährt Genosse Klaus später. Im Dezember '73 erhält Genosse Klaus einen Strafbefehl über 1 000 DM, weil er angeblich einen Polizeizeugen beleidigt haben soll und wegen der Darstellung seiner Festnahme vor Gericht. Bei dieser Strafe bleibt es auch im nachfolgenden Prozeß. Auch der Verteidiger des Genossen, Rechtsanwalt Lang, erhielt wegen angeblicher Beleidigung des Staatsanwalts einen Strafbefehl über 1 000 DM.

Die Rote Hilfe Mainz hat zum anstehenden Berufungsprozeß den Kampf aufgenommen unter den Parolen:
Freispruch für Klaus Singer! Freispruch für alle Angeklagten des Roten Antikriegstages! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Keine Behinderung der Verteidigung in politischen Prozessen! Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz! Sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha!

"Roter Morgen ist stärker als Beschlagnahmungen"

THE WORKER 

No 15 Aug 8th 1974 Price 3p

„West Germany ‚Roter Morgen' Surmounts Ban" – ROTER MORGEN ist stärker als Beschlagnahmungen", lautet die Überschrift der Nr. 15 von „The Worker", dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Britanniens/Marxisten -Leninisten (KPB/ML). In dem Artikel heißt es weiter:

„ ‚Beschlagnahmt!' Das war die Schlagzeile einer vor kurzem erschienenen Ausgabe des ROTEN MORGEN, Zeitung der KPD/ML. Eine vorhergegangene Ausgabe war beschlagnahmt worden, weil sie die Wahrheit über den Mord eines Arbeiters durch die westdeutsche Polizei geschrieben hatte." Der Artikel geht dann auf den Polizeiterror im Duisburger Arbeitsgericht ein und berichtet, daß die Partei den letzten Wunsch des Genossen erfüllt und ihn in die Partei aufgenommen hat. Abschließend stellt „The Worker" fest, daß die KPD/ML trotz der Beschlagnahmungen weiter erfolgreich den ROTEN MORGEN vertreibt und den deutschen Arbeitern die Wahrheit sagt.

Hamburger Jungarbeiter in den Rücken geschossen –

Lynchjustiz der Polizei

Vor einigen Monaten hatte Manfred, ein Jungarbeiter aus Hamburg, ein Moped gestohlen und war damit losgefahren. Er wollte es wieder zurückbringen, sagte er später, nur eine Spritztour machen. Auf dieser Tour war Manfred von der Polizei erwischt worden. Als er nicht anhielt, sondern floh, verfolgten ihn die Polizisten – und schossen ihn in den Rücken. Nur um Zentimeter verfehlte die Kugel Manfreds Wirbelsäule. Um Haaresbreite hätte ihn die Polizei zum Krüppel geschossen – wenn er überhaupt mit dem Leben davongekommen wäre.

Es ist eines der „Hauptargumente der westdeutschen Bourgeoisie für den „humanen Strafvollzug", für „Gerechtigkeit und Demokratie", daß es bei uns keine Todesstrafe mehr gibt. Das stimmt in gewisser Hinsicht auch. Es gibt kein Gesetz, es gibt keinen Richter, der die Nazimörder, die sich des tausendfachen Mordes schuldig gemacht haben, zum Tode verurteilen würde. Im Gegenteil, Heinemann, der ehemalige Bundespräsident persönlich, setzt sich dafür ein, daß ein Verbrecher wie Rudolf Heß begnadigt wird. Aber wenn ein Jugendlicher ein Motorrad klaut, ein Diebstahl, der von der Bourgeoisie selbst in ihrer Presse auf der anderen Seite als „schick" propagiert wird, dann ist grausame Lynchjustiz durch die Polizei, bei der Tod durch Erschießen mindestens einkalkuliert ist, in den Augen der Klassenrichter durchaus angemessen. Das zeigte der Prozeß, der jetzt in Hamburg stattfand.

Vor Gericht standen nicht die Polizisten, die auf Manfred geschossen hatten. – Eine Anzeige gegen sie war bei der Staatsanwaltschaft „leider verschollen." – Vor Gericht stand der Jungarbeiter Manfred. Er hatte bei seiner Flucht einen Polizisten mit dem Motorrad gestreift. Dieser Polizist war nicht verletzt worden. Eine Tatsache, die deutlich beweist, daß es Manfred nur auf eines ankam: abzuhauen. Für den Staatsanwalt allerdings war das „versuchter Polizistenmord". Er beschwor die „schwarzen Fähnchen", die immer öfter an den Streifenwagen zu sehen seien und erklärte, in die Reihe der wachsenden Polizeimorde sei auch Manfreds Tat einzuordnen.

Dagegen war für Richter und Staatsanwalt- von vornherein klar, daß die Polizisten in „Notwehr" gehandelt hatten. Um das zu „beweisen", sagten die Polizeizeugen weiter aus, sie hätten bei Manfred, der nachweislich unbewaffnet war, eine Pistole gesehen. – Mitten in der Nacht, auf dem Feld, auf dem Manfred floh. Dabei störte es sie auch nicht, als ein Polizist sich verplapperte und zugab: auch er habe auf Manfred gezielt. Aber „leider hatte meine Pistole Ladehemmung".

Das Urteil: eine Verwarnung für Manfred. Aber diese relativ „milde" Strafe kann niemanden darüber hinwegtäuschen, daß das bürgerliche Klassengericht damit gleichzeitig die Strafe bestätigt hat, die die Polizisten mit ihren gezielten Schüssen auf den Hamburger Jungarbeiter bereits vorweggenommen haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Polizei nicht „willkürlich" handelt, wenn sie auf die Werktätigen schießt, sondern auf dem Boden der Gesetze der bürgerlichen Demokratie.

Angst vor Beweisen über Polizeimord

Tübingen. Im Juni letzten Jahres hat die Staatsanwaltschaft Tübingen auf Antrag des Tübinger Polizeipräsidenten Heuer sowie des Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg Siemann einen Tübinger Lehrling wegen übler Nachrede angeklagt, weil er in einem Leserbrief im Schwäbischen Tageblatt geschrieben hatte: „Tatsache ist, daß Richard Epple von der Polizei ermordet wurde, der Schütze wieder einmal ungeschoren davonkam." Die Verteidigung hatte daraufhin beantragt, die Umstände, unter denen Richard Epple gestorben ist, vor Gericht zu klären.

Für diese Verhandlung war unter anderem ein Gutachten eines Schußsachverständigen vorbereitet, der nach dem Studium der Akten Richard Epples mitgeteilt hatte, daß der Polizeibeamte Geigis, der Epple erschossen hat, zweifellos mit einer Dauerfeuersalve (nicht mit Einzelfeuer) aus seiner MP von hinten auf den Wagen Epples geschossen habe. Ein Gutachten, das klar zeigt, daß der Polizeischütze den Tod des Lehrlings in Kauf genommen hat.

Die Antwort der Klassenjustiz auf diese Beweise über den Polizeimord: sowohl der Polizeipräsident als auch der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft zogen ihre Anzeige zurück. Das Verfahren wurde eingestellt. Die Bourgeoisie hat Angst vor einem Prozeß, in dem von vornherein klar ist, wer vor den Augen des Volkes auf der Anklagebank sitzen wird: die Polizei, die im Dienste des Kapitals die Bevölkerung bis hin zum Mord terrorisiert.

Todesanzeige

Am 17. 8. 1974, wenige Stunden, nachdem er an der Demonstration anläßlich des 30. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns teilgenommen hatte, starb der Hamburger Genosse Joachim Twede. Genosse Joachim verunglückte auf der Heimfahrt bei einem Unfall auf der Autobahn.

Die Hamburger Rote Garde trauert um einen Rotgardisten, der eine Reihe von Jugendlichen als Sympathisanten für die Jugendorganisation der Partei geworben hat, der seit einiger Zeit als Kommunist unter den Matrosen gekämpft hat. Die KPD/ML verliert mit dem erst 19-jährigen Rotgardisten Joachim einen aktiven und prinzipienfesten Kämpfer für die sozialistische Revolution.

Genosse Joachim konnte das rote Deutschland, für das er gekämpft hat, nicht mehr erleben. Aber die Freunde und Genossen schworen ihm in einer Gedenkminute auf der Veranstaltung am Tag nach der Demonstration, seinen Kampf für ein sozialistisches Deutschland bis zum Siege fortzuführen.

Rettet das Lopautal!

Jedesmal, wenn die Kinder aus Lopau in ihre Dorfschule gehen, müssen sie einen Schlagbaum passieren, der direkt vor dem Eingang steht. Eine Holztafel warnt: „Unbefugten ist das Betreten des Schulgeländes strengstens untersagt.“ Die Schule liegt auf Sperrgebiet, am Rande des NATO-Übungsplatzes Munster-Nord, mitten in der Lüneburger Heide. Die Bauern von Lopau sind empört. Ihr Dorf soll dem Erdboden gleichgemacht werden. Alles, was sie und ihre Vorfahren in mühevoller Arbeit geschaffen haben, soll zerstört werden.

Die alten, baumumstandenen Höfe, die grünen Wiesen und Felder, das Quellgebiet der Lopau mit seinen Fischteichen und Bächen, das alles soll graue, unfruchtbare Einöde, Wüste werden. Hier sollen in Zukunft die Panzer der NATO-Truppen rollen. Ihnen sollen 350 Hektar Wald und zwei weitere Dörfer, Ehlbeck und Wulfsode zum Opfer fallen.

Die Lüneburger Heide ist eines der schönsten deutschen Naturgebiete. Ihr unverwechselbarer Charakter hat zu allen Zeiten hunderttausende von Erholungssuchenden aus den Großstädten angezogen, die für einige Tage oder Wochen aus dem Dreck, dem Lärm der Arbeitshetze im Betrieb oder Büro hierher flüchteten. Theodor Storm besang die Heide in seinem Gedicht „Abseits“ so (hier zwei Strophen):

Es ist so still, die Heide liegt
Im warmen Mittagssonnenstrahle,
Ein rosenroter Schimmer fliegt
Um ihre alten Gräbermale;
Die Kräuter blühn, der Heideduft
Steigt in die blaue Sommerluft.

Laufkäfer hasten durchs Gesträuch
In ihren blauen Panzerröckchen,
Die Bienen hängen Zweig um Zweig
Sich an der Edelheide Glöckchen.
Die Vögel schwirren aus dem Kraut,
Die Luft ist voller Lerchenlaut.

Wer heute in die Heide fährt und in der Gegend von Schneverdingen, der Schießplätze Bergen-Hohne, Munster-Nord und Munster-Süd spazierengeht, der findet eine andere Landschaft. Hier tobt seit 30 Jahren ununterbrochen der Krieg. Hier rollen britische, amerikanische, kanadische und deutsche Panzer; ein Gebiet von ca. 1 000 qkm, viermal so groß wie Dortmund, die flächenmäßig zweitgrößte Stadt, ist verwüstet. Nur Ruinen und kümmerliche Mauerreste künden davon, daß hier einmal Menschen gelebt haben.

Die Bauern der Heide, die Heidjer, mußten immer hart arbeiten. Der Boden, auf dem sich ihre Vorfahren niederließen, war karg, bestand hauptsächlich aus Sand und Kies. Aber sie machten das Land urbar, legten Felder an, bauten Höfe und Dörfer. Heute sind viele dieser Dörfer verschwunden, die Bauern von Haus und Hof vertrieben.

Seit 1891 führen die Imperialisten hier Krieg. Damals kaufte die Rheinmetall-Borsig AG für eine Million Goldmark ein riesiges Gelände zwischen Müden an der Oertze und Munster, um ihre Kanonen auszuprobieren. Schon damals tummelten sich auf dem Schießplatz nicht nur die Offiziere des deutschen Kaiserreiches, Rheinmetall verdiente auf beiden Seiten der



Vor der Dorfschule Schlagbaum und Verbotsschild: „Ungefugten ist das Betreten des Schulgeländes strengstens untersagt.“

Schützengräben und so waren z. B. zaristische Offiziere gern gesehene Gäste. Hier, in der Lüneburger Heide, wurden die Materialschlachten des ersten Weltkrieges vorbereitet.

1938 reichte der eine Schießplatz nicht mehr aus. Über 500 Bauernfamilien erhielten kurzerhand den Räumungsbefehl. Zorn und Empörung herrschte unter den



Am 11.3.1973 zerstörte eine Panzerabwehrrakete der Bundeswehr dieses Haus in der Nähe des NATO-Übungsplatzes Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide.

Dorfbewohnern. Bei den „Sieben Steinhäusern“, einem uralten Kulturdenkmal auf dem Gebiet des heutigen NATO-Schießplatzes Bergen-Hohne versammelten sich die Bauern. Damals rief der Bauer Samman aus Hohne aus: „Wenn wi hier wegmöt, denn is all de Arbeit von de Sündflut an ümsonst makt!“ Doch die Bauern wurden vertrieben. Siebzehn Dörfer und elf mit Namen versehene große Einzelhöfe fielen der deutschen Artillerie zum Opfer. Noch ehe ein Schuß auf ein französisches, belgisches oder russisches Dorf fiel, hatte der Krieg in der Lüneburger Heide längst begonnen. Deutsche Dörfer, deutsche Bauern waren seine ersten Opfer.

Hier zeigte sich deutlich, daß all die Schlagworte von der „Verteidigung der Freiheit des Abendlandes“ nur vertuschen sollten, daß die deutschen Imperialisten den Krieg gegen die Völker führten, daß es ihnen nur um ihre Profite ging, daß sie dafür rücksichtslos über Leichen gehen. Millionen von Menschen sind ihrer Gier zum Opfer gefallen.

Nach dem Krieg hofften die Heidjer, wie Millionen von Deutschen, daß Krieg und Faschismus für immer vorbei sein würden, daß sie ihre Dörfer wieder aufbauen könnten, die Felder bestellen könnten. Sie hatten sich getäuscht. Nach Hitler kamen die Engländer und mit ihnen die Amerikaner, die Kanadier. Und bald hatten auch wieder deutsche Offiziere das Kommando. Unbedenklich verkauften und verrieten die deutschen Imperialisten nach dem Krieg die Interessen des deutschen Volkes. Damals war es die sozialistische Sowjetunion und an ihrer Spitze Genosse Stalin, die für die Einheit der deutschen Nation kämpfte, daß in Deutschland die Wurzeln des Faschismus ausgerottet werden. Diese Punkte wurden im Potsdamer Abkommen völkerrechtlich festgelegt. Um ihre verlorene Macht so schnell wie möglich wieder zu errichten, brachen die deutschen Imperialisten dieses Abkommen, unterwarfen sie Westdeutschland den Interessen des amerikanischen Imperialismus, spalteten die Nation und gründeten die Bundesrepublik als Staat von Gnaden der USA. In ihrem Verrat an den Interessen der deutschen Nation gingen Adenauer und seine Herren, die deutsche Monopolbourgeoisie soweit, in den Pariser Verträgen der Besetzung Westdeutschlands durch Truppen der Westmächte bis zum Jahre 2005 zuzustimmen.

Am 1. Oktober 1952 klagte die KPD im Bundestag an: „Über eine halbe Million Hektar nutzbares Land wurde seit dem 1. Januar 1950 in Westdeutschland beschlagnahmt. Wir erleben gerade gegenwärtig in Rheinland-Pfalz, daß man mit brutaler Gewalt in die Dörfer hineinkommt, und, ohne die Bauern zu fragen, ohne auf unsere Ernährung Rücksicht zu nehmen, einfach das Land zerstört, um somit in Besitz des Landes zu kommen.“

In der Zeitung „Dat Blinkfüer“ rief Genosse Ernst Aust 1960 alle Hamburger auf: „Verhindert den Tod unserer Heide“. Er schrieb damals: „Wer seinen Urlaub einmal in der Wüste verbringen möchte, braucht nicht weit zu fahren. Sie beginnt bei Schneverdingen. Hier haben die Panzer gute Arbeit geleistet. Die Schneverdinger Heide ist bis auf kleine Reste südlich der Straße Schneverdingen-Heber völlig verschwunden. Sie ist zur Wüste geworden. Hier haben die erholungssuchenden Großstädter nicht nur eines der schönsten Ausflugs- und Wandergebiete verloren, hier ist ein riesiges Erosionsgebiet entstanden, zu dem Wind und Wasser ungehindert Zutritt haben und das mit seinem Flugsand auch weite Flächen des angrenzenden Bauernlandes bedroht.“

Jetzt soll der Landraub weitergehen. Lopau, Ehlbeck und Wulfsode sollen der NATO zum Opfer fallen. Die Imperialisten nehmen keine Rücksicht darauf, daß hier ein wertvolles Wasserschutzgebiet ist, dessen Verunreinigung nicht mehr wiedergutzumachenden Schaden bedeuten kann, während sie auf der anderen Seite heuchlerisch von Umweltschutz reden. Der geplante Landraub zeigt deutlich, was von all den Friedens- und Entspannungsparolen zu halten ist. Hier wird der Krieg vorbereitet. Seit 1959 wird in Bergen-Hohne mit Raketen geschossen. Im letzten Jahr zerstörte eine solche Rakete ein Bauernhaus.

Die NATO-Stützpunkte und Übungsplätze auf deutschem Boden sind eine Gefahr für das deutsche Volk. Wenige Kilometer von Bergen-Hohne entfernt beginnt die DDR. Dort sind die Truppen der sowjetischen Sozialimperialisten und des Warschauer Paktes aufmarschiert. Hautnah stehen sich die beiden Supermächte gegenüber. Heute wird in Bergen-Hohne noch geübt, aber war das nicht auch vor dem 2. Weltkrieg so?

Das Lopautal muß gerettet werden! Es darf nicht zugelassen werden, daß hier wertvolles Kulturland verwüstet wird, Menschen von Haus und Hof vertrieben werden. Die Bauern von Lopau haben de Kampf schon begonnen. Überall ir Dorf, an den Autos sieht man di Aufkleber mit der Aufschrift: „Ret tet das Lopautal!“ Unsere Parte die KPD/ML kämpft an der Seit der Bauern von Lopau. Heute is nicht mehr 1938. Heute kämpfe überall in Westdeutschland Arbeite Bauern und andere Werktätige, Ju gendliche gegen NATO-Übungsplä ze, ob in Fürth, Leer, Idar-Obe stein, Dörpen oder Ramsloh. I Nordhorn wurden Barrikaden ge gen die Besatzer und die ihnen z Hilfe eilende Polizei errichtet. Di Bauern von Lopau müssen sich i diese Bewegung einreihen. Sie müs sen den Feind da angreifen, wo e steht, auf dem Boden unserer He mat. Der Feind, das sind die impe rialistischen Besatzertruppen, da sind die westdeutschen Imperiali sten. Der Landraub, die Verwi stung der Felder und Dörfer, di Gefahr eines neuen Krieges, wir erst dann endgültig beseitigt sein wenn alle Besatzertruppen, ob i Ost oder West, von deutschem Bo den vertrieben sind, wenn die Mach der Imperialisten hier und der neu en Bourgeoisie in der DDR durc die proletarische Revolution gebro chen ist, wenn wir in einem verein ten, unabhängigen, sozialistische Deutschland leben.

RETTET DAS LOPAUTAL!

WEG MIT DEN NATO-STÜTZPUNKTEN!

AUSLÄNDISCHE TRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCH LAND!

NIEDER MIT DER NATO! NIEDER MIT DEM WARSCHAUE PAKT!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHE DEUTSCHLAND!